



Rekrutierungswege moderner Volksparteien

Vergleichende Analysen zur Mitgliederorganisation
und Ergebnisse einer Praktikantenbefragung im
Deutschen Bundestag

FRANK DECKER/VOLKER BEST/DAVID KNORR

März 2014

- Bislang wurde der Frage, wie sich der Organisationswandel und die rückläufigen Mitgliederzahlen auf die Rekrutierungsfunktion der Parteien auswirken, wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Derzeit ist die Rekrutierungsbasis jedenfalls im Bereich der Berufspolitik offenbar noch groß genug, um Stellen und Ämter zumindest der Zahl nach problemlos zu besetzen. In Zukunft müssen die Parteien aber mit einer deutlich kleineren Mitgliederorganisation auskommen.
- Der Rekrutierungsbedarf der Parteien beschränkt sich nicht auf Wahl- und Regierungsämter, sondern betrifft zugleich die Parteiapparate und die öffentliche Verwaltung, wo neben Parteiloyalität auch bestimmte fachliche Qualifikationsprofile gefragt sind. Hier sind die Parteien verstärkt auf sympathisierende Nichtmitglieder angewiesen.
- Eine Praktikantenumfrage im Deutschen Bundestag zeigt, dass die Praktikanten ein bedeutsames Rekrutierungsreservoir für die Stellen bilden können, die Parteien in ihrer eigenen Organisation und im öffentlichen Bereich zu besetzen haben.
- Die Werbung neuer Mitglieder bleibt eine unabweisbare Aufgabe. Sie stellt die beste Gewähr dar, dass der Pool gefüllt werden kann, aus dem die Parteien ihre Mitarbeiter in der Parteiorganisation und öffentliche Amtsträger rekrutieren. Etwa ein Viertel der jungen Parteimitglieder ist vorwiegend professionell motiviert. Um die Beteiligungspotenziale der politisch interessierten jungen Menschen zu heben, müssen die Parteien an vielen Stellen gleichzeitig ansetzen.



Inhalt

Einleitung	2
1. Rekrutierungsfunktion	2
2. Rekrutierungsfelder und Rekrutierungsbedarfe	5
3. Mitgliederentwicklung und Mitgliederstruktur	7
3.1 Schrumpfende Mitgliederzahlen	7
3.2 Altersstruktur	10
3.3 Aktivität der Mitglieder	11
4. Junge Menschen und Parteien	11
5. Praktikantenbefragung im Deutschen Bundestag	14
6. Wege aus der Nachwuchskrise	19
Literatur	24
Anhang: Fragebogen	27



Einleitung

Die Parteien haben zunehmend mit Personalproblemen zu kämpfen. In Zeiten der allgemeinen Politikverdrossenheit wird es insbesondere für die Volksparteien schwieriger, junge Menschen für Politik und politische Arbeit zu begeistern. Wenn sich diese Menschen für Politik interessieren und engagieren, tun sie dies zugleich immer häufiger außerhalb der Parteien. Die fehlende Nachwuchsrekrutierung wirkt sich nicht nur auf der kommunalen Ebene aus, wo die Mandatsträger ehrenamtlich tätig sind. Sie betrifft auch die Berufspolitik, also die hauptamtlich ausgeübten Funktionen in der Parteiorganisation und im öffentlichen Bereich von Parlament, Regierung und Verwaltung, die über die Loyalität zur Partei hinaus spezifische Fachqualifikationen erfordern.

Wie soll der Nachwuchskrise begegnet werden? Um diese Frage zu beantworten, muss man sich zunächst ein Bild vom Organisationswandel der Parteien machen und dabei insbesondere die veränderten Einstellungen der jungen Menschen zu den Parteien beleuchten. Welche Erwartungen werden von ihnen an die Politik im Allgemeinen und die Parteien im Besonderen gerichtet? Wer betätigt sich politisch in welcher Form und mit welcher Motivation? Wie können junge Menschen mit hoher beruflicher Qualifikation für ein langfristiges Engagement und/oder eine hauptamtliche Mitarbeit in den Parteien gewonnen werden? Welche Erwartungen knüpfen sie an Praktika und andere Formen der Mitarbeit im politiknahen Bereich? Wie lassen sich diese Erwartungen im Sinne einer »Kundenbindung« aufgreifen?

Die Studie konzentriert sich auf politische Parteien mit einem vergleichbaren Anspruch als Volkspartei wie ihn die SPD vertritt. Neben der Bundesrepublik werden dabei die Erfahrungen aus drei weiteren westeuropäischen Ländern berücksichtigt (Frankreich, Großbritannien, Niederlande). Die Darstellung stützt sich zum einen auf eine Auswertung der politikwissenschaftlichen Literatur, zum anderen auf die Ergebnisse einer Online-Umfrage unter ehemaligen Praktikanten im Deutschen Bundestag. Eine zusätzlich durchgeführte Befragung von rund zwei Dutzend Parteienexperten in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden, von denen sich die Autoren unter anderem Hinweise auf *best practice*-Modelle der Rekrutierung erhofft hatten, blieb dagegen ohne nennenswerten Ertrag. Dies mag zum einen mit der schwierigen Datenlage zu tun haben, zum anderen zeigt es, dass das Thema im Rahmen

der Parteiorganisationsforschung sträflich vernachlässigt wird und deshalb einer wesentlich systematischeren (und längerfristig angelegten) komparatistischen Bearbeitung bedarf, als sie hier geleistet werden kann.

1. Rekrutierungsfunktion

Alle modernen großflächigen Demokratien sind in der Praxis Parteiendemokratien. Ob eine Demokratie ohne politische Parteien überhaupt vorstellbar wäre und funktionieren könnte, bleibt der theoretischen Spekulation überlassen, denn empirisch gibt es dafür kein Beispiel. Wenn wir die Demokratie als eine Staats- oder Herrschaftsform betrachten, in der das Volk Regierungsmacht in periodisch stattfindenden freien Wahlen zuweist, dann sind die maßgeblichen Träger und Adressaten dieser Zuweisung die Parteien und ihre Repräsentanten.

Parteien nehmen eine Mittlerposition zwischen Staat und Gesellschaft ein. Auf der einen Seite artikulieren, formen und kanalisieren sie die Meinungen und Interessen der Bürger, indem sie bei den Wahlen konkurrierende personelle und Programmangebote unterbreiten. Auf der anderen Seite setzen sie den so gebildeten politischen Willen in Entscheidungen um. Beide Funktionen üben die Parteien in unterschiedlicher Form und Intensität aus, wie ein Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zeigt. In den USA bleibt ihr Einfluss, sowohl was die Durchdringung der gesellschaftlichen Funktionsbereiche als auch die Formulierung der Regierungspolitik angeht, bis heute eher gering. In einigen europäischen Ländern reicht er dagegen so weit, dass das politische System zur allumfassenden Parteienherrschaft mutiert – Kritiker würden sagen: degeneriert – und die Begriffe »Parteiendemokratie«, »Parteienregierung« (*party government*) und »Parteienstaat« als Synonyme verwendet werden können.

Die politikwissenschaftliche Antwort auf die Allgegenwart der Parteien bestand und besteht in der Auflistung verschiedener Funktionen, die von ihnen zu erfüllen seien bzw. tatsächlich erfüllt würden. Komprimiert man die hierzu in der Literatur vorgeschlagenen »Kataloge«, lassen sich vier Hauptbereiche unterscheiden (Decker 2011: 14 ff.):

- Parteien bilden die Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft ab, sind also ein Ausdruck sozialer Kräfte. Durch



die Formulierung politischer Programme versuchen sie, die Interessen der von ihnen vertretenen Wählergruppen zu artikulieren und zu bündeln (*Repräsentationsfunktion*).

- Als Institutionen der Willensbildung verkörpern die Parteien das demokratische Prinzip im Allgemeinen und dessen plebiszitäre Komponente im Besonderen. Indem sie die Bürger mobilisieren und zur Partizipation anhalten, tragen sie zur politischen Integration des Gemeinwesens bei (*Legitimationsfunktion*).
- Parteien streben nach Regierungsmacht und üben unmittelbaren Einfluss auf die staatliche Willensbildung und Entscheidungsfindung aus. Im Wettbewerb mit ihren Mitstreitern sorgen sie für politische Innovationen (*Steuerungsfunktion*).
- Parteien wählen das politische Führungspersonal aus und trainieren es für die Übernahme von staatlichen (bzw. kommunalen) und Regierungsämtern. Als Karrierevehikel sind sie dabei zugleich Interessengruppen in eigener Sache (*Sozialisations- und Elitenrekrutierungsfunktion*).

Zurückkommend auf die erwähnte Mittlerposition der Parteien zwischen Staat und Gesellschaft erscheint es naheliegend, die beiden erstgenannten Funktionen primär der gesellschaftlichen und die beiden letztgenannten der staatlichen Sphäre zuzuweisen. Gegen eine solche Zuordnung könnte man einwenden, dass die Bereiche stark miteinander verflochten sind und die Parteien auch in ihren staatlichen Funktionen auf den Input aus der Gesellschaft angewiesen bleiben. Dies gilt nicht zuletzt für die Rekrutierung des politischen Personals. Dennoch ist die Unterscheidung sinnvoll, weil sie einen analytisch fruchtbaren Zugang zum Wandel eröffnet, den die Parteien in den letzten Jahrzehnten durchlaufen haben (Dalton/Wattenberg 2000). Wenn heute von einer Krise der Parteiendemokratie die Rede ist, bezieht sich das in erster Linie auf deren abnehmende Legitimations- und Repräsentationsleistung. Die Krise lässt sich am nachhaltig gestörten Vertrauensverhältnis zwischen Parteien und Bürgern ablesen, das in nachlassender Organisationskraft der Parteien, Nicht-Beteiligung an Wahlen, »abweichendem« Stimmverhalten und der Hinwendung der Bürger zu anderen Protest- und Partizipationsformen zum Ausdruck kommt. Als Ursache dafür wird in der Regel das Verschwinden der gesellschaftlichen Milieus genannt, die die Identität und repräsentative Funktion der großen Parteien historisch bestimmt haben (Gabriel

2010).¹ Eine nicht minder große Rolle dürften jedoch die zunehmenden Herausforderungen an das Regieren spielen. Diese haben zum einen mit der objektiven Schwere der globaler werdenden Probleme zu tun, zum anderen verweisen sie auf ein wachsendes Interessengefälle innerhalb der Gesellschaften, das zu einer Verschärfung der ökonomischen und kulturellen Konflikte führt (Wiesendahl 2011: 152 ff.).

In der staatlichen Sphäre haben die Parteien ihren Einfluss dagegen – zumindest vorderhand – bewahrt. Die abnehmende gesellschaftliche Verwurzelung der Parteien hat also nicht zu einer Schwächung ihrer Macht- und Herrschaftsposition geführt. Am deutlichsten lässt sich das an der Rekrutierungsfunktion ablesen, die von den Parteien weiter faktisch monopolisiert wird. Unterschiedliche Auffassungen gibt es, wie beide Prozesse zusammenhängen und ob wir tatsächlich von einer Etatisierung der Parteien sprechen können (Jun 2002). Einige Autoren behaupten, die Parteien hätten ihren Einflussverlust in der gesellschaftlichen Sphäre durch den Rückgriff auf staatliche Ressourcen bewusst kompensiert, über die sie als staatliche Akteure verfügen könnten. In dieser Selbstprivilegierung liege zugleich einer der Gründe für ihren Ansehensverlust. Als Belege werden unter anderem die Ausweitung der öffentlichen Parteienfinanzierung und die Einflussnahme auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk genannt, die an die Stelle eigener Finanzquellen und Presseorgane getreten seien (Katz/Mair 1995). Andere betrachten den Parteienstaat dagegen als natürliches Produkt der modernen Industriegesellschaft und der sie begleitenden Ausweitung der staatlichen Aufgaben. Je mehr sich die Politik aufgerufen fühlte, in das soziale und wirtschaftliche Geschehen einzugreifen, desto enger sei auch die Symbiose zwischen Parteien und Staat geworden (Koole 1996).

Beide Erklärungsansätze stehen im Grunde nicht im Gegensatz zueinander. Die Kompensationsthese stellt primär auf die institutionellen Eigeninteressen der Parteien ab, das heißt jenen (kleineren) Bereich, bei dem es um den Bestand und das Funktionieren ihrer Organisation und die gemeinsam geteilten Wettbewerbsinteressen

1. Die Lockerung der Parteibindung – von der Politikwissenschaft als *dealignment* bezeichnet – hat einen quantitativen und einen qualitativen Effekt: Einerseits nimmt das zahlenmäßige Gewicht der Wählergruppen ab, die zur natürlichen Klientel der Parteien gehören. Andererseits werden die Bindungen auch auf der individuellen Ebene schwächer, indem die Parteien auf die Loyalität »ihrer« Wähler nicht mehr sicher vertrauen können.



geht. Hier bilden sie nicht selten mit denselben Parteien ein »Kartell«, die sie sonst als Wettbewerber fleißig bekämpfen. Die Parteienstaatstheorie zielt dagegen auf den gesamten Regierungsprozess und die Steuerungsfunktion der Parteien. Legt man das Augenmerk auf letzteres, dürfte die Behauptung eines Machtzuwachses der Parteien als staatliche Akteure zu kurz greifen. Von den drei Kriterien, die Katz (1986: 43) in den 1980er Jahren für das Vorliegen einer »Parteienregierung« nannte – parteipolitische Kontrolle der Bürokratie, Aushandlung der Regierungspolitik innerhalb oder zwischen den Regierungsparteien, Rekrutierung des Regierungspersonals durch die Parteien – erfüllen sie heute nur noch das zuletzt genannte ohne nennenswerte Abstriche. Mit der abnehmenden Steuerungsfähigkeit des Nationalstaates hat sich die Handlungsautonomie der Regierungen gegenüber den Parteien erhöht. Gleichzeitig treten diese ihre repräsentativen Funktionen immer mehr an andere Institutionen wie etwa die Verfassungsgerichte ab, die über bessere »reflexive« Fähigkeiten verfügen und sich eher an Grundprinzipien und langfristigen Zielen orientieren als die gewählten Vertreter (Rosanvallon 2010).

Wenn sich die demokratische Substanz der politischen Systeme von den Parteien weg bewegt, hat das auch für deren Innenleben Konsequenzen. Die äußerlichen Erscheinungsformen der Parteiensysteme und des Parteienwettbewerbs werden in der Organisationswirklichkeit der Parteien reflektiert. Dabei ergibt sich nicht nur auf der Zeitachse das Bild einer hochgradig »ungleichzeitigen« Entwicklung, auch die Unterschiede zwischen und innerhalb der politischen Systeme sind immens (Krouwel 2012). Auf der einen Seite dringt ein neuer Parteientypus vor, der kader- oder elitenbasiert ist, sich durch hohe Professionalität und eine Konzentration auf den Stimmenwettbewerb auszeichnet, dabei ohne größeren Mitgliederanhang auskommt und in den Ressourcen überwiegend vom Staat abhängt (Panebianco 1988). Auf der anderen Seite rufen die Legitimationsprobleme der Parteidemokratie das Bedürfnis hervor, die innerparteilichen Prozesse durch eine Revitalisierung der Mitwirkungsbereitschaft an der Basis demokratisch zu öffnen. Die Reformen und Anpassungsreaktionen, die zwischen beiden Polen ablaufen, bilden einen zentralen Gegenstand der heutigen Parteiorganisationsforschung (Bukow/Poguntke 2013).

Die Verschiebung zwischen den gesellschaftlichen und staatlichen Funktionen der Parteien lässt sich am Be-

deutungswandel der Mitgliederorganisation festmachen (Detterbeck 2009: 73 ff.). Erklärungen für den in nahezu allen demokratischen Parteienstaaten festzustellenden Rückgang der Mitgliederzahlen setzen sowohl bei den Bürgern (als Anbietern der Mitgliedschaft) an als auch bei den Parteien (als deren Nachfragern und Adressaten). Mit Blick auf die Bürger wird gefragt, warum diese sich für eine Mitarbeit in den Parteien immer schwerer motivieren lassen. Verwiesen wird dabei einerseits auf die erwähnte Auflösung der parteibildenden Milieus und Großgruppen. Andererseits liege es an der Konkurrenz, die den Parteien als Trägern politischer Willensbildung und Ort der Gemeinschaftserfahrung durch andere gesellschaftliche oder staatliche Institutionen erwachse. Bezogen auf die Parteien wird als Grund angeführt, dass diese auf Mitglieder immer weniger angewiesen seien. So wie die sprunghafter werdenden Wähler heute eher über die Massenmedien statt über die Mitglieder und Sympathisanten der Parteien angesprochen würden, könnten sich die Parteien dank der ihnen zufließenden staatlichen Mittel auch finanziell von der Notwendigkeit einer ausgebauten Mitgliederorganisation entlasten. Darüber hinaus stehe eine zu starke Beteiligung der Mitglieder an den innerparteilichen Entscheidungsprozessen den Bedürfnissen einer effizienten und flexiblen Führung im Wege.

Auch hier ergänzen sich beide Erklärungsansätze. Der Rückgang der Mitgliederzahlen ist danach ein sich selbst verstärkender Prozess. Auf der einen Seite lassen sich die Bürger schwerer für eine Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit in den Parteien gewinnen. Auf der anderen Seite erfüllen die Mitglieder für die Parteien weniger Nutzen, sodass diese einen geringeren Anreiz verspüren, neue Mitglieder zu rekrutieren. Was die empirische Evidenz angeht, dürfte der letztgenannte Ansatz, der auf den abnehmenden Nutzen der Parteimitglieder abhebt, auf schwächeren Füßen stehen. Wiesendahl (2006a: 109 ff.) verweist auf Befunde vergleichender Studien, nach denen freiwillige Parteiaktive weiterhin eine Schlüsselrolle in den Wahlkampagnen spielten. Die Botschafter- und Multiplikatorenfunktion, die sie durch ihre soziale Einbettung in die Lebenswelt der Menschen gegenüber den Wählern wahrnahmen, lasse sich durch indirekte Medienkommunikation nicht ersetzen.

Dasselbe gilt für die innerparteiliche Demokratie. Gewiss ist es für die Parteispitze lästig, wenn sie in ihrer strategischen Manövrierfähigkeit durch aufmüpfige Mitglieder eingeschränkt wird. Ob dies aus elektoraler Sicht immer



schaden muss, ist jedoch nicht ausgemacht. Entfernt sich die Führung zu sehr von der Basis, könnten sich ja auch die Wähler von der Partei abwenden. Die Mitglieder erfüllen insofern eine wichtige Korrektivfunktion. Indem sie die Führung anhalten, ihre Entscheidungen sorgfältig zu begründen und in die Partei hinein zu vermitteln, leisten sie einen Beitrag zur Pflege der eigenen Klientel. Dass deren Mobilisierbarkeit für den Wahlausgang genauso große – vielleicht sogar größere – Bedeutung gewinnen kann wie die Ansprache der parteipolitisch nicht festgelegten Wechselwähler, haben gerade die Volksparteien in den letzten Jahren und Jahrzehnten schmerzlich erfahren.

2. Rekrutierungsfelder und Rekrutierungsbedarfe

Wenig Aufmerksamkeit wurde bislang der Frage gewidmet, wie sich der Organisationswandel und die rückläufigen Mitgliederzahlen auf die Rekrutierungsfunktion der Parteien auswirken. Nimmt man das deutsche Beispiel, dann richten sich die diesbezüglichen Warnhinweise zumeist auf die kommunale Ebene, wo es in manchen Regionen schwerfällt, genügend Kandidaten für die ehrenamtlich zu besetzenden Mandate und Vorstandsposten zu finden. Im Bereich der Berufspolitik wird das Rekrutierungsproblem dagegen scheinbar als weniger dringlich empfunden. Aus Sicht der Parteien dürfte das an zwei Gründen liegen. Zum einen haben die Bewerber um ein Amt ein natürliches Interesse daran, den Kreis möglicher Mitbewerber gering zu halten. Je weniger Kandidaten vorhanden sind, desto größer ist die Chance, dass man selbst den Zuschlag erhält. Bestrebungen, einen bestehenden Rekrutierungspool zu vergrößern, könnten von daher auf den Widerstand derer treffen, die sich bereits in diesem Pool befinden. Zum anderen ist die Rekrutierungsbasis zur Zeit offenbar noch groß genug, um Stellen und Ämter zumindest der Zahl nach problemlos zu besetzen. Was es bedeutet, wenn die Parteien in Zukunft mit einer deutlich kleineren Mitgliederorganisation auskommen müssen, tritt nicht ins Bewusstsein. Auch die Parteienforschung, die sich ansonsten mit Fragen der Parteiorganisation breit befasst, hat das Rekrutierungsthema weitgehend ignoriert. Brauchbare Daten, die die Rekrutierungsbedarfe und -potenziale für die verschiedenen Tätigkeitsfelder der Parteien ermitteln, fehlen in fast allen Ländern. Die vorliegende Studie kann dem nicht abhelfen. Ihre rudimentären und sehr vorläufigen

Befunde sollen primär als Wegweiser für die weitere Forschung dienen.

Zunächst gilt es das Thema genauer zu umreißen. Was ist mit politischem Personal gemeint und wer soll in und über die Parteien für welche Funktionen rekrutiert werden? Um die Fragen zu beantworten, kann man an die Aufschlüsselung der Parteiorganisation in drei Bereiche anknüpfen, die im europäischen Kontext zuerst von Katz und Mair (1993) vorgeschlagen worden ist: die aus Mitgliedern und Vorfeldorganisationen bestehende Parteibasis (*party on the ground*), die zentrale Parteiorganisation (*party central office*), die sich aus Führungsgremien und Parteiapparat zusammensetzt, und die öffentlichen Amtsträger der Partei in Parlament, Regierung und Verwaltung (*party in public office*). Quer zu dieser organisatorischen Dreiteilung liegen die Unterscheidung zwischen Wahlämtern, durch Ernennung übertragenen Ämtern und beruflich ausgeübten Funktionen, die Unterscheidung zwischen bezahlter (hauptberuflich) und ehrenamtlich ausgeübter Tätigkeit, die Unterscheidung zwischen politischen und rein fachlichen (unpolitischen) Funktionen sowie die Unterscheidung zwischen der kommunalen und staatlichen Ebene. Eine exakte Abgrenzung der drei Bereiche ist deshalb oft nicht möglich. So stellt sich z. B. die Frage, ob ein gewählter Ratsvertreter einer mittelgroßen Stadt von – sagen wir – 50.000 Einwohnern zur Parteibasis oder zur Partei in öffentlichen Ämtern zu rechnen ist, oder ob eine an der Kreisgeschäftsstelle angestellte Schreibkraft schon zur zentralen Parteiorganisation gehört. Schwer zu bestimmen ist auch, wie weit das Rekrutierungsfeld der Parteien in den Verwaltungsbereich hineinreicht. Die Tendenz zur politischen Verwaltung ist gerade in den parteienstaatlich »überformten« Regierungssystemen unübersehbar. In der Bundesrepublik schlägt sie sich zum einen darin nieder, dass die Auswechslung des Personals nach Regierungswechseln nicht auf den engeren Kreis der Politischen Beamten beschränkt bleibt, sondern auch die mittleren und unteren Verwaltungsränge einbezieht (Holtmann 2012: 199 ff.). Zum anderen hat der Anteil der Parteimitglieder auf der Leitungsebene bis Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich zugenommen (von unter 30 Prozent 1970 auf fast 60 Prozent).

Es liegt im Wesen der Parteiendemokratien, dass die drei Bereiche starke Überlappungen aufweisen. Die Führungsgremien, die sich aus den gewählten Vorständen der Landes- und Bundesverbände zusammensetzen, die Angehörigen des Parteiapparats wie auch die öffent-



lichen Funktionsträger der Partei werden überwiegend aus der Mitgliederorganisation rekrutiert. Daten für die Bundesrepublik weisen in den Parteiapparaten einen Mitgliederanteil unter den dort Beschäftigten von etwa 90 Prozent aus. Mehr als die Hälfte davon engagieren sich zusätzlich, indem sie ehrenamtlich in Kreis- oder Ortsvorständen tätig sind und von dort aus zu Landes- und Bundesparteitagen delegiert werden (Bukow 2010). Im öffentlichen Bereich resultiert die Überschneidung aus einem Karrieremuster, das man in Deutschland gerne mit dem abschätzig klingenden Begriff der »Ochsentour« belegt. Der typische Weg des Parteipolitikers führt danach von einem ehrenamtlich ausgeübten kommunalen Mandat über die Landes- bis in die Bundespolitik. Mit dem Übertritt in die staatliche Sphäre (des Landes) wird man dabei zum bezahlten Berufspolitiker. Kommunale Mandatsträger ohne Parteizugehörigkeit bilden die Ausnahme; am häufigsten sind sie in kleineren Gemeinden anzutreffen. In der Bundesrepublik organisieren sich die parteifernen Kommunalpolitiker eher in den freien Wählergemeinschaften, die keine Parteien im klassischen Sinne darstellen (Morlok/Poguntke/Walther 2013).

Starke Überschneidungen gibt es auch zwischen Parteiführung/-apparat und öffentlichen Ämtern. Die Verbindungen sind hier durch die Regierungsweise vorgegeben. Wenn das parlamentarische System auf der politischen Fusion von Parlamentsmehrheit und Regierung beruht, muss diese Fusion in der Parteiendemokratie zugleich die Partei bzw. Parteiführung miteinbeziehen (Decker 2013). Eine strikte Trennung von öffentlichem und Parteiamt erscheint vor diesem Hintergrund widersinnig. In der Bundesrepublik schreiben nur die Grünen eine solche Trennung (von »Amt und Mandat«) satzungsmäßig vor. Zu einem Übergewicht der Partei gegenüber der Fraktion und – im Falle einer Regierungsbeteiligung – den Ministern hat das nicht geführt, wohl aber zu anderen, stärker informellen Formen der wechselseitigen Abstimmung.

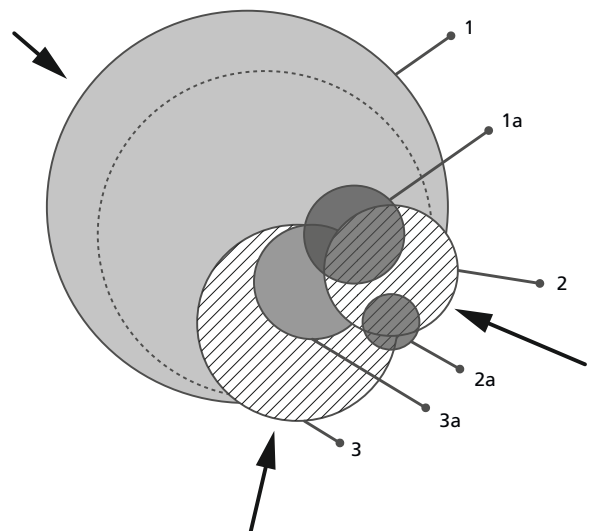
Zusammengefasst lassen sich also folgende Bereiche der Partei als Rekrutierungsfelder unterscheiden:

- (1) Parteibasis/Mitgliederorganisation, davon als Teilmenge
 - (1a) die ehrenamtlich tätigen, gewählten Funktionäre in Kreis- und Ortsvorständen
- (2) zentrale Parteiorganisation/Parteiapparat, davon als Teilmenge
 - (2a) die gewählten Führungsgremien und

- (3) Partei in öffentlichen Ämtern, davon als Teilmenge
 - (3a) die ehrenamtlich tätigen kommunalen Mandatsträger.

Die nachfolgende Abbildung stellt die ungefähren Größenverhältnisse und wechselseitigen Überlappungen der Rekrutierungsfelder grafisch dar.

Abb. 1: Felder der Personalrekrutierung in der Parteiendemokratie



Die vorliegende Studie konzentriert sich auf das Feld der Berufspolitik. Dieses umfasst die zentrale Parteiorganisation, die aus den Führungsgremien und Angehörigen des Parteiapparats besteht, sowie den staatlichen Zweig der öffentlichen Ämter. Die entsprechenden Teile der Rekrutierungsfelder sind in der Abbildung schraffiert. Die ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker bleiben ausgeklammert.

Das Rekrutierungsproblem ist von zwei Seiten aus zu betrachten. Zum einen gilt es, den Rekrutierungsbedarf zu ermitteln, zum anderen geht es darum, welcher Personenkreis für eine Rekrutierung in Frage kommt, wie dieser Personenkreis gegebenenfalls vergrößert werden kann und auf welchem Wege die potenziellen Mitarbeiter dann tatsächlich – und am besten dauerhaft – für eine berufliche Tätigkeit in der (Partei)politik gewonnen werden. Der Rekrutierungsbedarf muss sich an den Aufgaben orientieren, die der Parteiapparat und der öffentliche Arm der Partei zu erfüllen haben. Welche Aufgaben das sind, lässt sich nicht objektiv bestimmen, sondern hängt von den normativen Maßstäben des Betrachters



ab. Deshalb erscheint es plausibel, sich hier zunächst an den politischen Systemen selbst zu orientieren, die eine bestimmte Größenordnung der benötigten Personen vorgeben. Im deutschen Falle dürfte der Personalbedarf sowohl im öffentlichen Bereich als auch in der Parteiorganisation relativ konstant bleiben. Der Personalabbau im Öffentlichen Dienst hat den Bereich der zentralen politischen Führung, also die Ministerialbürokratie in Bund und Ländern, weitgehend verschont, der gegenwärtig rund 70.000 Personen umfasst. Hinzu kommen ca. 3.000 Wahlämter in den Parlamenten. Diese Positionen müssen also weiter kontinuierlich besetzt werden. Dasselbe gilt für die gut 1.000 hauptamtlichen Mitarbeiter im Parteiapparat, über die SPD und CDU heute zusammen verfügen. Auch hier wird sich der Personalbedarf aus mehrerlei Gründen nicht vermindern: Erstens sind die Parteien aufgrund ihrer gesicherten staatlichen Finanzierungsmittel von lästigem Spardruck befreit, der sie zwingen könnte, ihre zentrale Organisation zu verschlanken.² Zweitens liegt die Stärkung der zentralen Parteiorganisation im Interesse der Parteiführung, die Partei von oben zu steuern und ihr Auftreten zu professionalisieren. Und drittens zwingt der Mitgliederschwund die Parteien, den Rückgang des ehrenamtlichen Engagements durch hauptamtliche Mitarbeiter auszugleichen (Bukow 2010: 266).

Der Rekrutierungsbedarf hat neben der quantitativen auch eine qualitative Seite: Die Mitarbeiter müssen für die Aufgaben, die ihnen übertragen werden, fachlich qualifiziert sein. So setzt z. B. die Arbeit in einem Ministerium zwingend ein Hochschulstudium voraus. Die besten Chancen verspricht nach wie vor eine rechtswissenschaftliche Ausbildung, auch wenn das Juristenmonopol in der öffentlichen Verwaltung mittlerweile geknackt ist. Breiter gestreut sind die Qualifikationen in den zunehmend professionalisierten Parteiapparaten. Hier zwingt z. B. der Wandel der Kommunikationstechniken die Parteien verstärkt, IT-Spezialisten einzustellen, um die Möglichkeiten des Internets für die Wähleransprache zu nutzen. Das Problem für die Parteien besteht nicht darin, dass es in der Gesellschaft an solchen Qualifikationen fehle (oder in Zukunft fehlen könnte). Die Frage lautet vielmehr, ob sie die qualifizierten Personen in der Konkurrenz mit anderen Nachfragern für sich gewinnen und – nachdem sie sie gewonnen haben – halten können. Damit dies gelingt,

2. Kurzfristig kann der Spardruck allerdings erheblich sein, da sich der staatliche Finanzierungsanteil nach den Wahlergebnissen richtet. Die SPD musste dies nach ihrem Absturz bei der Bundestagswahl 2009 erfahren.

müssen sich die Personen der Partei in irgendeiner Form verbunden fühlen.

Wie lassen sich solche Loyalitäten herstellen und verstetigen? Grundsätzlich bieten sich für die Parteien zwei Wege an. Der erste Weg setzt auf die bestehende Mitgliederorganisation. Die Parteien können versuchen, die Rekrutierungslücke bei den jüngeren Alterskohorten zu schließen, die ihrem Mitgliederschwund zugrunde liegt. Oder sie schaffen Anreize, um die vorhandenen Mitglieder zu mehr Engagement zu ermuntern. Der zweite Weg zielt auf eine verstärkte Rekrutierung der Mitarbeiter von außerhalb. Die Parteien sprechen Personen an, indem sie diesen in der eigenen Organisation oder im öffentlichen Bereich ein attraktives Beschäftigungsfeld bieten. Adressiert werden sollten dabei bevorzugt jene, die mit der Partei sympathisieren, ihr also nahestehen (ohne Mitglied zu sein oder werden zu wollen), es können aber auch Personen sein, die der Partei (noch) fernstehen. Gleichzeitig entwickeln sie Strategien, um diese Personen längerfristig oder dauerhaft an die Partei zu binden. In den nachfolgenden Abschnitten werden beide Rekrutierungswege betrachtet. Zunächst geht es um die Entwicklung der Mitgliederorganisation im Allgemeinen und um die speziellen Rekrutierungsprobleme jüngerer Parteimitglieder. Dazu werden Befunde der vergleichenden Forschung für mehrere europäische Länder ausgewertet (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande). Anschließend stellen wir die Ergebnisse einer Umfrage vor, die im Dezember 2013 unter knapp 300 Praktikanten der SPD- und Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag durchgeführt wurde.

3. Mitgliederentwicklung und Mitgliederstruktur

3.1 Schrumpfende Mitgliederzahlen

Der Mitgliederrückgang der Parteien ist ein gesamteuropäisches Phänomen. In den untersuchten Ländern ging der Organisationsgrad zwischen Ende der 1980er und Ende der 2000er Jahre im Schnitt von 3,1 auf 2,0 Prozent weiter zurück. Einzig die französischen Parteien konnten in der letzten Dekade wieder leicht an Mitgliedern zulegen (Van Biezen/Mair/Poguntke 2011: 32). Dies geschah allerdings von einem selbst für große Demokratien, in denen der Anreiz zum individuellen Parteibeitritt erfahrungsgemäß schwächer



Abb. 2: Organisationsgrad der Parteien in den untersuchten Ländern (Anteil der Parteimitglieder am Elektorat in Prozent)

	Ende 1980er	Ende 1990er	Ende 2000er
Deutschland	3,89 (nur West)	2,93	2,30
Frankreich	2,10–2,98	1,57	1,85
Großbritannien	2,63	1,92	1,21
Niederlande	3,19	2,51	2,48

Quelle: Van Biezen/Mair/Poguntke 2012: 43 ff.; Billordo 2003: 145; eigene Darstellung.

Abb. 3: Entwicklung der Mitgliederzahlen der Volksparteien in den untersuchten Ländern (auf Hundert gerundet)

	Ende 1970er	Ende 1980er	Ende 1990er	zuletzt
SPD (D)	986.900	921.400	755.200	477.000
CDU/CSU (D)	865.700	848.500	815.200	624.300
PS (F)	200.000	180.000	148.800	173.000
UMP (F)	75.000 (RPR)	142.100 (RPR)	165.000 (2002)	264.000
Labour Party (GB)	348.000	293.700	385.000	193.000
Conservative Party (GB)	1.200.000	750.000	350.000	130.000
Liberal Democrats (GB)	145.000	82.000	100.000	193.000
CDA (NL)	162.000	122.500	86.000	59.100
PvdA (NL)	118.500	96.600	60.600	55.600
VVD (NL)	92.500	64.600	49.000	35.400

Quelle: Van Biezen/Mair/Poguntke 2012: 47 ff.; Mair/Van Biezen 2001: 17 f.; Billordo 2003: 148; Niedermayer 2013: 369; http://dnpp.ub.rug.nl/dnpp/themas/leden/per_partij; eigene Darstellung.

ausgeprägt ist, sehr niedrigen Ausgangsniveau (Weldon 2006).

Die großen Parteien sind vom Mitgliederrückgang besonders massiv betroffen (Delwit 2011: 38 f.). Die in der »versäulten« Pazifikationsdemokratie noch übermächtigen niederländischen Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen gelten seit der in den 1990er Jahren vollendeten »Entsäulung« als »alte Elefanten auf dem Weg zu ihrer letzten Ruhestätte«. Wahlergebnisse über 30 Prozent scheinen »für immer als reelle Perspektive verschwunden zu sein und die 20-Prozent-Grenze hat ihren Schrecken als Omen für das Ende der Volksparteien verloren« (Nijhuis 2010: 146). Die Christdemokraten mussten sich zuletzt gar mit 8,5 Prozent begnügen. Noch immer ist der *Christen Democratisch Appèl* (CDA) aber die mitgliederstärkste niederländische Partei mit über 59.000 Mitgliedern, was freilich gegenüber den

162.000 Mitgliedern bei seiner Gründung 1980 und insgesamt 532.000 der drei in ihm aufgegangenen Parteien 20 Jahre zuvor einen massiven Rückgang darstellt. Knapp 56.000 Mitglieder – gegenüber einem Höchstwert von 147.000 im Jahr 1959 – verzeichnet die sozialdemokratische *Partij van de Arbeid* (PvdA). Die bei den letzten beiden Wahlen stärkste konservativ-liberale *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD), trotz des im Namen artikulierten Anspruchs lange Zeit eher eine Honoratiorenpartei der gesellschaftlichen Oberschicht (Lucardie 2006: 33), konnte um 1980 herum mit der PvdA in puncto Organisationsgrad nahezu gleichziehen (Voerman/Dijk 2008: 132). Von den 1982 knapp 103.000 Mitgliedern sind ihr allerdings nur rund 35.000 geblieben; seit 2005 liegt sie nur noch auf Platz vier und damit hinter der ehemals maoistischen *Socialistische Partij*. Zusammen hatten die drei niederländischen Volksparteien – oder das, was von ihnen übrig geblieben ist – zuletzt noch 150.000 Mitglie-



der, gegenüber bis zu 700.000 zu Zeiten der Versäulung. Just in der Zeit, in der sich die Säulen auflösten und die gesellschaftlichen Vorfeldorganisationen als Rekrutierungsfeld zunehmend ausfielen, sahen sich die Parteien mit einer stark – um etwa zwei Drittel zwischen 1963 und 1989 – anwachsenden Wählerschaft konfrontiert, die sie nur zu geringen Teilen von einer Mitgliedschaft zu überzeugen vermochten (Koole 2001: 47). Während in den letzten Jahren einige kleinere niederländische Parteien ihren Mitgliederbestand ausbauen konnten, gelang PvdA und VVD zumindest eine Stabilisierung ihrer Mitgliedschaft, jene des CDA ist weiter rückläufig.

Mangels einer gesetzlichen Vorschrift, akkurate Mitgliederzahlen zu veröffentlichen, lagen die offiziellen Angaben der französischen Parteien über die Zahl ihrer Mitglieder sowie die diesbezüglichen Expertenschätzungen lange Zeit weit auseinander. So dürfte die von der gaullistischen RPR 1986 ausgewiesenen 902.000 Mitglieder etwa dem Neunfachen (!) ihrer tatsächlichen Mitgliederzahl entsprochen haben. Die Angabe überhöhter Mitgliederzahlen sollte nicht nur der politischen Legitimation dienen, sondern auch der Verhinderung einer näheren Durchleuchtung der intransparenten Parteifinanzen. Erst seit Ende der 1990er Jahre gibt es eine gewisse Konvergenz der unterschiedlichen Angaben (Billordo 2003: 138 ff.). Derzeit existieren in Frankreich gerade mal etwa 450.000 Parteimitglieder. Die Beitrittswellen folgen der elektoralen Konjunktur, insbesondere den Präsidentschaftswahlen. Bei der Fusion mehrerer Mitte-Rechts-Parteien zur *Union pour un mouvement populaire* (UMP) im Jahr 2002 wurden 165.000 Mitglieder gezählt. Wie schon Jacques Chirac 1974 eroberte Nicolas Sarkozy die Führerschaft der Rechten durch die Akquise von Neumitgliedern. Bei seiner Wahl zum Parteichef zweieinhalb Jahre nach Parteigründung hatte sich der Gesamtmitgliederbestand der fusionierten Parteien bereits halbiert (Haegel 2009). Zählte die UMP kurz vor der Präsidentschaftswahl 2007 370.000 Mitglieder, büßte sie schon im Folgejahr ein Viertel von diesen wieder ein. Beim Stand von wenig mehr als 250.000 Mitgliedern im Jahr 2009 rief der neue Generalsekretär eine Verdoppelung der Mitgliederzahl auf 500.000 zum Ziel aus, allerdings ohne Erfolg: 2012 lag die Zahl bei gerade einmal 264.000 Mitgliedern. Der *Parti socialiste* (PS) wurden 1981, als sie zur dominanten Partei im linken Lager aufstieg, 213.000 Mitglieder zugeschrieben. Bis 1995 ging die Zahl auf 93.000 zurück und stabilisierte sich anschließend bei etwa 120.000. Es folgte eine Steigerung bis auf 233.000

Ende 2008. Für das Jahr 2012 weist die Partei 173.000 Mitglieder aus.

Auch die britischen Parteien sind bis heute nicht verpflichtet, Mitgliederstatistiken zu veröffentlichen, weshalb die Zahlen auf nicht immer verlässlichen Schätzungen beruhen. Über einen deutlichen Rückgang der Einzelmitgliedschaften in der *Conservative Party* (1953: 2,8 Millionen; 2011: 130.000 bis 170.000) und der *Labour Party* (1953: 1 Million; 2011: 193.000) seit den Höchstständen der frühen 1950er Jahre besteht dennoch kein Zweifel. Auch die *Liberal Democrats* haben – trotz ihrer Neugründung 1988 – einen Rückgang von 243.000 Mitgliedern in 1960 auf 193.000 in 2011 zu verzeichnen. In allen Großparteien kommt es seit den 1980er Jahren zu teilweise erheblichen Schwankungen der Mitgliederzahlen – so konnte die *Labour Party* ihren Mitgliederanteil zwischen 1994 und 1998 um 40 Prozent steigern – was aber am generellen Abwärtstrend nichts ändert. 2010 waren in Großbritannien nur noch ein Prozent des Gesamtelektorats in den drei Großparteien organisiert – viermal weniger als drei Jahrzehnte zuvor.

In der Bundesrepublik ist die Zahl der Parteimitglieder seit den 1980er Jahren ebenfalls stark gesunken. Besaßen 1983 fast zwei Millionen Bundesbürger ein Parteibuch (entsprechend einer Quote von 4,1 Prozent der Wahlberechtigten), waren es 2010 noch knapp 1,3 Millionen – die Quote hatte sich damit auf 2,1 Prozent nahezu halbiert (Niedermayer 2013). Die von der DDR geerbten Mitgliederbestände der SED/PDS, Ost-CDU und LDPD führten nach der deutschen Einheit zu einem Allzeithoch, das aber nur kurz währte und durch massenhafte Austritte rasch abgebaut wurde. Betrachtet man die Entwicklung der Mitgliederzahlen seit Mitte der 1990er Jahre, sind von den Verlusten am stärksten die beiden großen Parteien betroffen (von der Union aber nur die CDU); so verlor die SPD allein im Zeitraum zwischen 2001 und 2012 ein Drittel ihrer Mitglieder, bei der CDU belief sich der Verlust auf 21,2 Prozent. Unterschiedlich stellt sich die Entwicklung bei den kleinen Parteien dar, die ihre Bestände im selben Zeitraum zusammengenommen in etwa halten konnten. Während die Linke deutliche Verluste hinnehmen musste (minus 18,4 Prozent), hielten sich diese bei der FDP in Grenzen (minus 8,4 Prozent). Die Grünen verzeichneten sogar einen kräftigen Mitgliederzuwachs (plus 35,4 Prozent).



Abb. 4: Anteil der Über-60-Jährigen unter den Parteimitgliedern und in der Gesamtbevölkerung in den 1990er und den 2000er Jahren

	1990er Jahre			2000er Jahre		
	Parteien	Bevölkerung	Differenz	Parteien	Bevölkerung	Differenz
Deutschland	24	24	0	32	26	6
Frankreich	24	22	2	42	25	17
Großbritannien	29	24	5	56	27	29
Niederlande	34	21	13	34	25	9

Quelle: Scarrow/Gezgor 2010: 830; eigene Darstellung.

Bezogen auf die Zahl ihrer Wähler weisen FDP, Grüne und Linke immer noch einen deutlich niedrigeren Organisationsgrad auf als CDU und SPD; über die im Verhältnis zur Wählerschaft meisten Mitglieder verfügt die CSU. Insofern lassen sich Union und SPD trotz abnehmenden Organisationsgrades und nachlassender Wählerunterstützung immer noch als Volksparteien charakterisieren (Kronenberg/Mayer 2009). Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern. Der Organisationsgrad ist in der früheren DDR nicht einmal halb so groß wie in der Altbundesrepublik, was dem Trend zu mitgliederlosen Parteien in den postkommunistischen Staaten Mittelosteuropas entspricht. Besonders eklatant fällt das Defizit bei der SPD aus, die – bedingt durch ihren Startnachteil nach der Wende – im Osten über eine fünfmal geringere Mitgliederdichte verfügt als im Westen. Nimmt man die niedrigen Wähleranteile hinzu, die z. B. in Thüringen und Sachsen mittlerweile kontinuierlich unter 20 Prozent liegen, kann hier von einer Volkspartei sinnvoll nicht mehr gesprochen werden.

3.2 Altersstruktur

Dem Schrumpfen der Mitgliedschaften könnte man positiv abgewinnen, dass sich dadurch die ideologische wie auch die soziale Repräsentativität der Parteien erhöht hat, allerdings mit einer wichtigen Ausnahme: der Altersstruktur (Scarrow/Gezgor 2010). Im Schnitt waren europäische Parteimitglieder Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre mit über 49 Jahren im Schnitt viereinhalb Jahre älter als Anfang der 1980er Jahre (Marien/Quintelier 2011: 53). Während der Anteil der Über-60-Jährigen in den Parteien in den 1990er Jahren in Deutschland in etwa ihrem Bevölkerungsanteil ent-

sprach und ihre Überrepräsentation in Frankreich und Großbritannien noch nicht ins Gewicht fiel, war diese Altersgruppe in den 2000er Jahren in den britischen Parteien mehr als doppelt so stark vertreten wie in der Bevölkerung, auch in den französischen Parteien war sie massiv überrepräsentiert. Unterdurchschnittlich vertreten ist sie nur noch in den südeuropäischen Nachzüglerdemokratien; von neun untersuchten länger etablierten Demokratien zeigt sich nur in den Niederlanden eine leichte Abmilderungstendenz der Parteienvergreisung.

Selbst in den Niederlanden ist allerdings bei zwei der drei Volksparteien das Durchschnittsalter gestiegen. In der CDA ist lediglich ein Prozent der Mitglieder unter 30 Jahre alt (Koole/van Holsteyn 2011: 135). Das Durchschnittsalter lag 2008 mit 67 Jahren um zehn Jahre höher als 1986, bei der PvdA war es mit 58 um acht Jahre gestiegen. Die VVD-Mitglieder waren hingegen mit 51 Jahren zwei Jahre jünger als 1986 und sogar sechs Jahre jünger als 1999 (Den Ridder/Holsteyn/Koole 2011: 170). Die Jugendorganisation des PvdA zählt heute etwa 2.200 Mitglieder zwischen 14 und 28 Jahren, halb so viele wie im Rekordjahr 1987, als das Höchstalter noch bei 26 Jahren lag.

Unter den jungen Franzosen ist nur ein Prozent Mitglied einer Partei, unter den Älteren sind es zwei bis drei (Muxel 2010a: 19). Bei der PS verdoppelte sich der Anteil der Unter-30-Jährigen seit Ende der 1990er Jahre nach vorherigem starken Rückgang immerhin wieder auf 10 Prozent, wodurch das Durchschnittsalter um zwei Jahre auf 53 sank (Rey 2011: 126). Auf der französischen Rechten bewirkte die Neugründung UMP eine Verjüngung, von den nach der Parteifusion neu Beigetretenen waren 2004 31 Prozent unter 30 (Haegel 2011: 103).



Nach Sarkozys Übernahme des Parteivorsitzes Ende 2004 war jeder fünfte Neuzugang unter 35 Jahre alt.

In der Bundesrepublik ist die Linke mit einem Durchschnittsalter ihrer Mitglieder von 60 Jahren die älteste Partei; die Volksparteien SPD und CDU/CSU rangieren mit 59 bzw. 57 Jahren knapp dahinter. Am wenigsten überaltert sind die Grünen mit einem Durchschnitt von 47 Jahren. Rechnet man die Abgänge durch Todesfälle hoch, werden die Volksparteien auf der Basis dieser Altersstruktur einen weiteren Rückgang ihrer Mitgliederzahlen um 60 Prozent bis zum Jahre 2040 zu verkraften haben. CDU und SPD hätten dann jeweils nur noch knapp 200.000 Mitglieder. Dabei wird unterstellt, dass es keine Ein- und Austritte gibt bzw. diese sich wechselseitig neutralisieren (Dose/Fischer 2013).

3.3 Aktivität der Mitglieder

Die Auswirkung der Parteigröße auf die Mitwirkungsbereitschaft der Mitglieder ist ambivalent. Auf der einen Seite sinkt der Einfluss des einzelnen Mitglieds, je mehr Mitglieder eine Partei hat, weshalb sich die Mitglieder der großen Parteien in der Tendenz weniger stark einbringen. Auf der anderen Seite bieten die großen Parteien durch die Breite und Tiefe ihrer Organisation mehr Gelegenheiten zur innerparteilichen Partizipation als kleine Parteien. Zur organisatorischen Komplexität trägt insbesondere der Föderalismus bei, der eine zweite staatliche Ebene der Betätigung schafft (Weldon 2006: 473).

Wie das Beispiel des CDA zeigt, gefährdet eine extreme Überalterung der Mitgliedschaft die Handlungsfähigkeit von Parteien. Von den niederländischen Christdemokraten bringen sich nach Selbstauskunft heute über 60 Prozent weniger in die Partei ein als früher, nur neun Prozent stärker. Für die Zukunft prognostizieren auch nur zwölf Prozent eine Intensivierung ihrer Parteilarbeit, der Rest geht jeweils hälftig von einer zukünftig gleichen bzw. geringeren Aktivität aus (Koole/van Holsteyn 2011: 146). In dieser Hinsicht scheint auch der Ertrag der massiven Mitgliederwerbung der UMP seit Sarkozys Übernahme des Parteivorsitzes begrenzt: Von den neuen Mitgliedern erklärten sich nur 18 Prozent zum Verteilen von Flugblättern und 15 Prozent zum Bereitschaftsdienst bereit. 54 Prozent bekundeten ihren Willen, an Versammlungen teilzunehmen, 43 Prozent ihre Bereitschaft zu inhaltlichen Debatten.

Für die deutschen Parteien bestätigen die Ergebnisse der Düsseldorfer Mitgliederstudie frühere Befunde einer überwiegend inaktiven Mitgliedschaft (Spier 2011). Allerdings korrespondiert der Mitgliederrückgang mit einem Anstieg des Aktivitätsniveaus insbesondere in den Volksparteien. Jüngere, die aufgrund ihrer besseren Bildungsabschlüsse ressourcenstärker sind, beteiligen sich überdurchschnittlich. Insgesamt spielen Motivationen für die Erklärung der Aktivitätsbereitschaft eine größere Rolle als soziodemografische Merkmale. Den aktiven Mitgliedern sind vor allem konkrete Vorteile der Parteilarbeit wichtig. Dies können berufliche Chancen oder die Übernahme von Ämtern sein, aber auch intrinsische Aspekte wie die Entwicklung politischen Sachverständes oder das kollegiale Zusammenwirken in einem Team. Die »ämterorientierten Aktiven« stellen mit 22 Prozent den harten Kern der Parteilarbeit. Ihnen steht eine kleinere Gruppe »geselligkeitsorientierter Aktiver« (14 Prozent) gegenüber, die in erster Linie am sozialen Leben innerhalb der Partei teilhaben möchte.

4. Junge Menschen und Parteien

In Großbritannien gibt nur jeder vierte 15- bis 25-Jährige an, täglich oder mehrmals wöchentlich politische Nachrichten in Fernsehen, Radio oder Printmedien zu verfolgen, in Frankreich sind es 43 Prozent und in Deutschland fast zwei Drittel. Hierzulande bekundet die Hälfte der jungen Menschen großes oder relativ großes Interesse für Politik, in den beiden anderen Ländern nur etwa ein Drittel (Spanning 2008b: 57 f.). Wichtig sind ihnen vor allem Themen, die ihre eigene Erfahrungswelt und Zukunft betreffen, wie Berufschancen und (Aus)bildungskosten. 43 Prozent der jungen Europäer halten die Politik oft oder sogar immer für zu kompliziert, um wirklich zu verstehen, was passiert, weiteren 36 Prozent geht es zumindest manchmal so. Nie oder selten Verständnisprobleme haben lediglich 21 Prozent. In Deutschland empfindet »nur« ein Drittel die Politik als oft oder immer zu kompliziert – ähnlich wie in den Niederlanden (Muxel 2010a: 194). 42 Prozent finden dies manchmal und 26 Prozent nie oder selten. In Frankreich und in Großbritannien liegt der Anteil derer, die sich durch die Politik auf diese Weise überfordert fühlen, mit 46 bzw. 51 Prozent dagegen über dem europäischen Durchschnitt (EUYOUPART 2005: 227).

Die jungen Niederländer zeigen sich mit ihrem politischen System erstaunlich zufrieden: 81 Prozent der 18- bis



25-Jährigen äußern sich positiv zur Demokratie, 59 Prozent vertrauen dem Parlament, 26 Prozent bewerten das Regierungshandeln als gut. Diese Werte liegen sogar noch über denen ihrer älteren Landsleute, die infolge der nachwirkenden Versäulung ebenfalls mit einem hohen Institutionenvertrauen ausgestattet sind. In Großbritannien haben wir es dagegen mit einer veritablen Legitimationskrise des demokratischen Systems zu tun, die die Jüngeren vom parteipolitischen Engagement abhält (Henn/Weinstein/Forrest 2005: 574). Dem Parlament vertrauen gerade mal 17 Prozent der jungen Briten – halb so viele wie den NGOs –, der Regierung 11 Prozent, der Politik im Ganzen nur zehn und den Parteien gar nur 6 Prozent. Die negative Einstellung zur konventionellen Politik ist auch unter politisch Aktiven verbreitet, wenngleich sie geringer ausfällt (Sloam 2007).

Auch in Frankreich scheint die Entfremdung der jungen Menschen vom politischen Prozess tiefgreifend: Drei Viertel stimmen der Ansicht zu, die Wirtschaft sei heute mächtiger als die Politiker; nur die Hälfte räumte 2006 dem Ausgang der nächsten Präsidentschaftswahlen entscheidende Bedeutung für die weitere politische und gesellschaftliche Entwicklung in Frankreich ein. Wenn auch fast vier von fünf jungen Franzosen die Parteien als notwendig für die Demokratie betrachten, bekunden doch ebenso viele, ein schlechtes Bild von den Politikern zu haben und diese als nicht repräsentativ für die Gesellschaft anzusehen. In den Niederlanden sahen weniger als zwei Drittel eine Kluft zwischen Bürgern und Politik. Und glaubte nur jeder vierte junge Niederländer, die Abgeordneten hätten an ihm kein Interesse, stimmten unter den Franzosen derselben Altersgruppe mehr als dreimal so viele (87 Prozent) dieser Ansicht zu. Dass die Parteien beitretenden jungen Leuten eine wichtige Rolle einräumen, glaubte in der Tendenz lediglich jeder vierte junge Franzose. Sehr viel stärker als in anderen Ländern gilt die Politik den jungen Franzosen als Spielwiese alter Männer, als Synonym leerer Versprechungen und als gänzlich korrupt (Spanning 2008a: 42). Auch wenn Argwohn gegen die Politik in der französischen Gesellschaft generell mehr oder minder vorherrscht, scheint er in der jungen Generation doch besonders ausgeprägt: So stellt sie die Ehrlichkeit der Politiker zu 84 Prozent in Abrede, verglichen mit »nur« 52 Prozent bei den Über-65-Jährigen (Muxel 2010b: 150).

Auch wenn der Rückgang der Wahlbeteiligung seit den 1980er Jahren zu großen Teilen auf das Konto der Jun-

gen geht (Blais/Rubenson 2013) und beispielsweise in Großbritannien die Wahlbeteiligungsquote der Jungwähler konstant 20 Prozentpunkte unter der Gesamtwahlbeteiligung liegt, gilt Wählen den 15- bis 25-jährigen Europäern als effektivste unter zehn Formen politischer Partizipation. Immerhin 62 Prozent sehen hierin eine wirksame Form der Einflussnahme. Als zweiteffektivste Form wird das Bemühen um mediale Aufmerksamkeit angesehen (44 Prozent). Auch die Arbeit in NGOs (40 Prozent) liegt noch vor dem Engagement für Parteien (34 Prozent); es folgen Petitionen (30 Prozent), Demonstrationen (28 Prozent), das Kontaktieren von Politikern (23 Prozent), Produktboykotte (19 Prozent) sowie illegale (11 Prozent) und gewalttätige (6 Prozent) Proteste. Von der Effektivität der Wahlbeteiligung (74 Prozent) und der Mitarbeit in politischen Parteien (43 Prozent) sind die jungen Deutschen dabei überzeugter als ihre Altersgenossen in den anderen Ländern. Unter den jungen Briten und Franzosen halten fast genauso viele das Kontaktieren von Politikern für effektiv wie ein eigenes parteipolitisches Einbringen, das nur 32 bzw. gerade mal 21 Prozent für effektiv halten. Das hochgradig disproportionale britische Wahlsystem gilt nur wenig mehr als der Hälfte der jungen Briten als effektive Partizipationsmöglichkeit. An die Effektivität illegaler Proteste glauben in Frankreich 12, in Großbritannien 17 Prozent; selbst gewalttätige Proteste kommen auf 8 bzw. 13 Prozent (EUYOUPART 2005: 221 ff.). Die Hälfte der jungen Franzosen hat schon einmal an einer Demonstration teilgenommen, ein Viertel innerhalb der letzten zwölf Monate. Allein der Protest gegen den Einzug des rechtsextremen Jean-Marie Le Pen in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2002 brachte jeden vierten von ihnen (gegenüber 9 Prozent der gesamten erwachsenen Bevölkerung) auf die Straße (Muxel 2010b: 156). In nachhaltiger Erinnerung geblieben sind die Jugendproteste gegen einen speziellen Mindestlohn bzw. einen reduzierten Kündigungsschutz für Jugendliche 1994 und 2006 sowie die soziale Explosion in Vorstadtsiedlungen städtischer Ballungszentren. Über zwei Drittel der jungen Franzosen – mehr als doppelt so viel wie unter den Über-65-Jährigen – sehen Demonstrationen als sehr wichtig an (Muxel 2010a: 166). Für Großbritannien geben nicht-repräsentative Interviews Hinweise darauf, dass die Jugendlichen ein Engagement auf lokaler Ebene für effektiver halten.

Die Unterschiede im Partizipationsverhalten schlagen sich nicht nur im Ansehen der Parteiendemokratie insgesamt nieder, sondern auch in der Bindung an einzelne Parteien.



Abb. 5: Anteil der verschiedenen Typen junger Parteimitglieder in verschiedenen Ländern und verschiedenen Parteifamilien (in Prozent)

	moralisch motiviert	sozial motiviert	professionell motiviert
Deutschland (CDU, SPD, FDP)	31,1	38,4	30,5
Frankreich (PS, Les Verts, Parti Communiste Français, Front National)	50,0	36,8	13,2
Großbritannien (Labour, Liberal Democrats)	47,5	22,5	30,0
sozialdemokratische/sozialistische Parteien (SPD, PS, Labour, PSOE [Spanien], Arbeiderpartiet [Norwegen], MsZP [Ungarn])	42,7	33,3	24,0
christdemokratische/konservative Parteien (CDU, Partido Popular [Spanien], Høyre [Norwegen], Fidesz [Ungarn])	38,1	34,3	27,7

Quelle: Bruter/Harrison 2009a: 1272; eigene Darstellung.

Einer bestimmten Partei nahe fühlen sich immerhin 49 Prozent der niederländischen Jungwähler, aber nur 37 Prozent der gleichaltrigen Franzosen. Ein ähnlich geringes Gefühl von Parteinähe wie in Frankreich ist trotz der höheren allgemeinen Demokratiezufriedenheit in Deutschland zu verzeichnen. Sehr nahe fühlt sich nicht mal ein Zehntel der jungen Europäer einer bestimmten Partei (Muxel 2010a: 191 ff.). Linke Volksparteien genießen bei den jungen Menschen tendenziell höheren Zuspruch als konservative.

26 Prozent der jungen Deutschen und 15 Prozent der jungen Franzosen, aber nur 5 Prozent der jungen Briten gaben an, schon einmal versucht zu haben, andere zu überzeugen, für einen Kandidaten oder eine Partei zu stimmen. Eine Wahlkampagne unterstützt zu haben, behaupteten in Deutschland 7 Prozent, in Frankreich 5 Prozent und in Großbritannien 3 Prozent der jungen Leute (EUYOUPART 2005: 36 ff.). Ein Engagement in einer Partei oder Gewerkschaft können sich 30 Prozent der jungen Briten und 28 Prozent der jungen Deutschen, aber nur 13 Prozent der jungen Franzosen vorstellen (Muxel 2010a: 191 ff.). Vor knapp zehn Jahren betrug der Anteil von Parteimitgliedern unter den 15- bis 25-Jährigen in Deutschland 2,3 Prozent, in Frankreich 1,0 Prozent und in Großbritannien 0,6 Prozent (Spanning 2008b: 69).

Wahlen waren für fast ein Drittel der jungen Parteimitglieder der Anlass zum Parteibeitritt, vor allem dann, wenn sie zu ungewollten Ergebnissen, etwa einer Stärkung

extremistischer Kräfte führten (Bruter/Harrison 2009b: 57). So fanden sich unter den knapp 20.000 Mitgliedern, die dem PS nach dem Scheitern Lionel Jospins im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002 neu beitraten, überproportional viele Junge (Lefebvre/Sawicki 2006: 171). Für 11 Prozent gab ein anderes einschneidendes Ereignis wie eine Krise oder Demonstration den Anstoß zum Beitritt (Bruter/Harrison 2009b: 57).

Unter den jungen Parteimitgliedern können drei Typen nach dem dominierenden Motiv ihres Engagements voneinander abgegrenzt werden: moralisch motivierte, sozial motivierte und professionell motivierte. Eine Studie, die für sechs europäische Staaten jeweils mehrere Parteien untersucht (Bruter/Harrison 2009a), gibt die Größenverhältnisse dieser drei Gruppen mit 40 Prozent, 34 Prozent und 26 Prozent an. Unter den jungen Männern fanden sich etwas mehr professionell, unter den jungen Frauen etwas mehr moralisch motivierte Mitglieder. 30 Prozent der jungen Mitglieder sehen in der Übernahme einer verantwortungsvollen Position kein Ziel an sich; in Großbritannien sind es nur 20,5 Prozent, in Frankreich demgegenüber 47 Prozent.

Sozial motivierte Mitglieder interessieren sich vor allem für den Spaßfaktor und das Gemeinschaftsgefühl. Sie sind ihrer Partei am wenigsten verbunden und am wenigsten geneigt, Zeit für Parteiarbeit aufzuwenden. Moralisch motivierte Mitglieder schätzen die Debatten, die ideologische Stimulation und das Praktizieren von



Demokratie auf der Mikroebene, sie nehmen am häufigsten an Demonstrationen teil und bekämpfen politische Gegner. Sie sind oft radikaler als ihre Parteien und erheben häufig Widerspruch, anders als die professionell motivierten Mitglieder, die sich am aktivsten einbringen, insbesondere in Wahlkämpfen. Sie schätzen den Kontakt mit hochrangigen Politikern und Berühmtheiten, das Netzwerken und das Gefühl von Macht (Bruter/Harrison 2009b: 103 ff.). Die Wahrscheinlichkeit, dass professionell motivierte Jungmitglieder Verantwortungspositionen übernehmen, ist um 8 Prozent höher als bei ihren moralisch und um 19 Prozent höher als bei ihren sozial motivierten Altersgenossen; auf nationaler Ebene liegt diese Wahrscheinlichkeit sogar vier- bzw. fünfeinhalb Mal so hoch (Bruter/Harrison 2009a: 1281).

Nach Schätzungen widmen sich außerhalb von Wahlkampfzeiten von den jungen Parteimitgliedern 5 Prozent (beinahe) täglich, 15 Prozent einmal wöchentlich und 40 Prozent einmal monatlich der Partearbeit, während 40 Prozent sich nur selten sehen lassen (Bruter/Harrison 2009b: 70 ff.). Unter den Mitgliedern der *Jeunes Socialistes* beziffert etwa ein Fünftel ihre Partearbeit auf maximal zwei Stunden im Monat, rund die Hälfte – ein viermal so hoher Anteil wie in ihrer Mutterpartei – investieren zehn Stunden und mehr. Bei den *Jeunes Populaires* ist das Verhältnis nahezu umgekehrt (Bargel 2009: 283). Innerhalb der nächsten Jahre gedenken 11 Prozent der jungen Parteimitglieder ihre Partei zu verlassen, 36 Prozent wollen Basismitglieder bleiben, 27 Prozent kann sich sowohl vorstellen, an der Basis zu bleiben, als auch, innerhalb der Partei aufzusteigen; 22 Prozent wollen professionelle Politiker werden (Bruter/Harrison 2009b: 202 ff.).

5. Praktikantenbefragung im Deutschen Bundestag

Um ein genaueres Bild von den tatsächlichen und möglichen Rekrutierungswegen zu erhalten, haben die Autoren von Mitte Dezember bis Mitte Januar eine Online-Umfrage unter ehemaligen Praktikanten der Fraktionen oder einzelnen Abgeordneten von SPD sowie CDU/CSU durchgeführt, die im Anhang dokumentiert ist. Die Bitte, an der Befragung teilzunehmen, wurde den ehemaligen Praktikanten zusammen mit dem Fragebogen über die Leiter der Praktikantenprogramme der beiden Fraktionen zugeleitet, die über entsprechende Adressenlisten

verfügen. 282 ehemalige Praktikanten beteiligten sich an der Umfrage, die neben drei Fragen zu Parteinähe bzw. -mitgliedschaft sowie fünf Fragen zum Komplex Arbeit im politischen/politknahen Bereich auch zwei Fragen zur Attraktivität politischer Parteien für junge Menschen enthielt. Darüber hinaus wurden einige persönliche Angaben erfasst (Fraktion bzw. Fraktionszugehörigkeit des/der Abgeordneten, bei dem/der das Praktikum absolviert wurde, Geschlecht, Studienrichtung/Berufstätigkeit, Aktivität in sozialen Netzwerken). Die Teilnahme erfolgte anonym. Da die Friedrich-Ebert-Stiftung im Anschreiben als Auftraggeber der Studie genannt wurde, beteiligten sich mehrheitlich SPD-Praktikanten (201), Praktikanten der CDU/CSU waren in der Minderheit (71).³ 60 Prozent der Teilnehmer waren männlich, 40 Prozent weiblich, wobei das Geschlechterverhältnis unter den Unions-Praktikanten (56:44) etwas ausgeglichener ausfiel als unter jenen der SPD (61:39). Zu 62 Prozent setzte sich das Sample aus Sozial- und Geisteswissenschaftlern zusammen (bei der Union nur 55 Prozent),⁴ zu 11 Prozent aus Juristen (bei der Union 18 Prozent), zu 10 Prozent aus Wirtschaftswissenschaftlern. Weniger als 3 Prozent entstammten der technisch-naturwissenschaftlich-medizinischen Richtung. 13 Prozent waren keine Studenten (sondern zum Beispiel Schüler), 3 Prozent machten keine Angaben.⁵

Bei der Umfrage sind wir von der Annahme ausgegangen, dass die Praktikanten im Bundestag ein bedeutendes Rekrutierungsreservoir für die Stellen bilden bzw. bilden könnten, die Parteien in ihrer eigenen Organisation und im öffentlichen Bereich zu besetzen haben. Bestätigt wurde dies durch den hohen Anteil von Parteimitgliedern (52 Prozent) unter den Teilnehmern. Dass es hier deutliche Unterschiede zwischen den Unions- und SPD-Praktikanten gibt, dürfte ebenfalls mit dem Auftraggeber der Studie zusammenhängen. Lag unter den SPD-Praktikanten im Sample der Parteimitgliederanteil bei 58 Prozent, waren es unter den Unions-Praktikanten nur

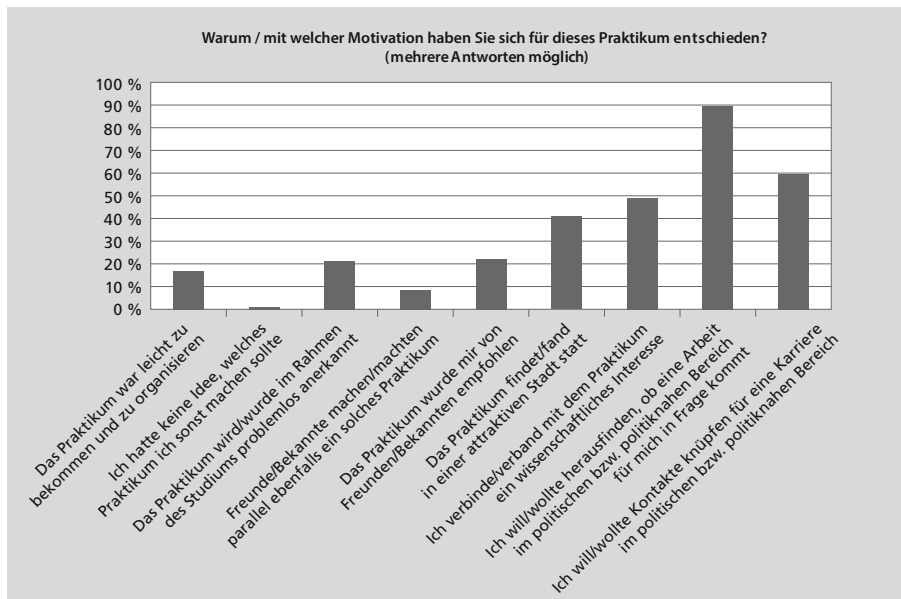
3. Zehn Teilnehmer übersprangen diese Frage.

4. Der Anteil der Sozial- und Geisteswissenschaftler könnte ebenfalls nach oben verzerrt sein, weil diese wahrscheinlich eher bereit sind, an einer sozialwissenschaftlichen Umfrage teilzunehmen. Die Verzerrung dürfte aber nicht allzu stark ausfallen, da auch von den teilnehmenden Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern ein hohes Interesse an Parteien und an der Arbeit im politischen/politknahen Bereich bekundet wurde. Aufgrund der für Absolventen ihrer Fachrichtung weniger klar umrissenen Karrierewege tendieren viele Sozial- und Geisteswissenschaftler zum Absolvieren zahlreicher Praktika. Für Juristen und Wirtschaftswissenschaftler liegt oftmals ein Praktikum in einer Anwaltskanzlei bzw. in der freien Wirtschaft näher.

5. Weil einige Teilnehmer mehrere Studienrichtungen angaben, liegt die Gesamtprozentzahl leicht über 100.



Abb. 6: Motive für das Praktikum



37 Prozent. Ähnlich verhält es sich mit der Parteinähe: Der Anteil derer, die sich der Partei, bei deren Fraktion oder Abgeordnetem sie ihr Praktikum absolviert hatten, sehr nahe fühlten, betrug bei der SPD 36 Prozent, bei der CDU/CSU nur 20 Prozent. Insgesamt fühlten sich 31 Prozent ihrer Partei sehr nah und weitere 58 Prozent nah.

Der Unterschied rührt vermutlich daher, dass sich die SPD-Praktikanten mit großer Parteinähe dem Auftraggeber besonders verpflichtet gefühlt haben, während die parteinahen Unions-Praktikanten umgekehrt davor zurückgeschreckt sein könnten, der politischen »Gegenseite« Informationen zukommen zu lassen. Dennoch zeigen die Werte eindrucksvoll, dass die Bindung an eine Partei, die gesellschaftlich immer mehr zum Auslaufmodell wird, unter den Bundestags-Praktikanten durchaus verbreitet ist. Junge Männer bekundeten dabei etwas öfter (34 gegenüber 28 Prozent) eine sehr große Parteinähe als junge Frauen, die Kategorien »sehr nah« und »nah« addierten sich aber bei beiden Geschlechtern auf 90 Prozent. Es handelt sich mithin um keinen substantziellen Unterschied, zumal wenn man bedenkt, dass die Frauen nur wenig mehr als halb so oft wie die Männer Parteimitglied sind. Diese Rekrutierungslücke lässt sich also nicht mit fehlender Parteinähe erklären. Um sie zu schließen, sollte man sich vor allem anschauen, wie Frauen auf die Frage nach möglichen attraktivitätssteigernden Maßnahmen der Parteien antworten. Deutlich öfter als die Männer nennen sie hier mehr Serviceangebote wie z. B.

Jobbörsen (49 gegenüber 35 Prozent), Schulungs- und Bildungsangebote (37 gegenüber 29 Prozent) und eine bessere Ermöglichung punktueller Mitarbeit (40 gegenüber 35 Prozent). Die Forderung nach mehr Basisdemokratie vertreten Frauen und Männer etwa gleich stark (46 gegenüber 44 Prozent), allerdings rangiert sie bei den Frauen nach den Serviceangeboten erst an zweiter Stelle. Unter den Befragten, die nicht Parteimitglied waren, hatten 15 Prozent einen Beitritt fest vor, weitere 46 Prozent hielten einen solchen für vielleicht vorstellbar. Dabei gibt es einen starken Zusammenhang mit der Parteibindung: Von den lediglich »Parteinahen« planten nur 7 Prozent fest einen Beitritt, von den sehr Parteinahen hingegen mehr als die Hälfte!

Gefragt nach der Motivation ihrer Entscheidung für ein Praktikum im Bundestag, nannten die meisten (knapp 90 Prozent) als Grund,⁶ dass sie herausfinden wollten, ob eine Arbeit im politischen bzw. politiknahen Bereich für sie in Frage komme. 59 Prozent hatten vor, Kontakte für eine Karriere in diesem Bereich zu knüpfen (unter den Wirtschaftswissenschaftlern sogar 73 Prozent, unter den Juristen hingegen nur 46 Prozent). Daneben waren vor allem wissenschaftliches Interesse (49 Prozent) und die Attraktivität der Stadt (40 Prozent) von Bedeutung. Die Männer zeigten sich etwas karriereorientierter: 64 Pro-

6. Die Teilnehmer konnten hier bis zu drei von neun Antwortoptionen ankreuzen und schöpften diese Möglichkeit auch durchweg aus.



zent von ihnen gaben an, Kontakte zur Anbahnung einer Karriere im politischen/politikhnen Bereich knüpfen zu wollen, unter den Frauen waren es nur 50 Prozent. Während für die Männer außerdem die einfache Organisierbarkeit des Praktikums, die problemlose Anerkennung und die Attraktivität der Stadt eine etwas größere Rolle spielten, fielen für die Frauen die Rolle von Freunden oder Bekannten, die ein solches Praktikum empfohlen hatten bzw. zeitgleich ableisteten, sowie das wissenschaftliche Interesse etwas stärker ins Gewicht. Die problemlose Anerkennung des Praktikums war auch den Juristen häufig von Bedeutung (39 Prozent gegenüber 25 Prozent unter Geistes- und Sozialwissenschaftlern und 15 Prozent unter Wirtschaftswissenschaftlern). Zwischen Praktikanten der SPD- und der Unions-Fraktion traten hier keine nennenswerten Unterschiede auf.

Die Vorstellung, einmal im politischen oder politikhnen Bereich zu arbeiten, fand die Hälfte der Umfrageteilnehmer sehr attraktiv, 30 Prozent fanden sie attraktiv, 14 Prozent zumindest eventuell attraktiv und nicht einmal 6 Prozent überhaupt nicht attraktiv. Auch dies muss nicht unbedingt repräsentativ für die Gesamtheit der Praktikanten sein, da eine Umfrage zum Thema Rekrutierungswege von Parteien bei jenen, denen eine Tätigkeit im politischen Bereich reizvoll erscheint, sicherlich auf größeres Interesse stößt als bei solchen, für die das persönlich nicht in Frage kommt. Wiederum sprechen aber die hohen Zahlen dafür, dass die Praktikanten eine beachtliche Rekrutierungsreserve darstellen. Besonders Sozial- und Geisteswissenschaftler zeigten sich sehr interessiert (60 Prozent), unter Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern traf dies nur auf etwa jeden Dritten zu, die meisten (jeweils mehr als 40 Prozent) hielten eine solche Karriere »nur« für attraktiv. Unterschiede bestanden zudem zwischen Praktikanten der SPD (52 Prozent sehr attraktiv, 27 Prozent attraktiv) und der Unions-Parteien (44 Prozent sehr attraktiv und 38 Prozent attraktiv) sowie zwischen Männern (55 Prozent sehr attraktiv, 29 Prozent attraktiv) und Frauen (42 Prozent sehr attraktiv, 33 Prozent attraktiv). Über entsprechende Berufsmöglichkeiten und Stellenprofile relativ gut informiert wählten sich 56 Prozent, weitere 14 Prozent hielten sich sogar für sehr gut informiert. Unter den SPD-Praktikanten war die Gruppe der sehr gut Informierten mit 17 Prozent dreimal so groß wie unter den Unions-Praktikanten (weniger als 6 Prozent), unter den Männern mit ebenfalls 17 Prozent fast doppelt so groß wie unter den Frauen (9 Prozent).

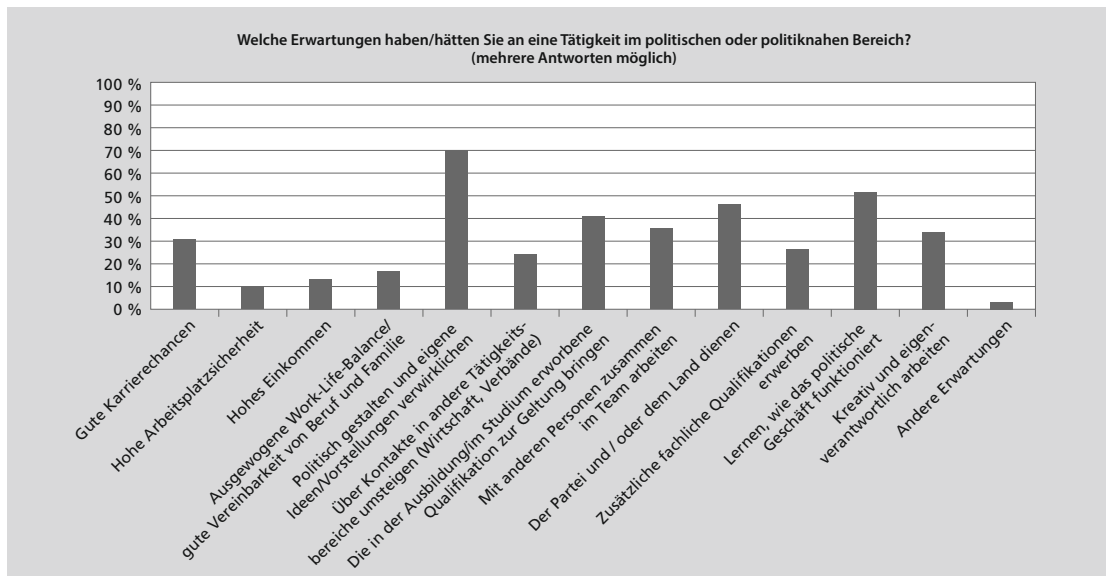
Des Weiteren wurde nach den Erwartungen der ehemaligen Praktikanten an eine Tätigkeit im politischen oder politikhnen Bereich gefragt. 69 Prozent der Befragten gaben dabei unter anderem⁷ an, politisch gestalten zu wollen (83 Prozent unter Juristen, 61 Prozent unter Unions-Praktikanten), 51 Prozent wollen lernen, wie das politische Geschäft funktioniert (60 Prozent unter Wirtschaftswissenschaftlern, 59 Prozent unter Unions-Praktikanten), 45 Prozent wollen der Partei oder dem Land dienen (54 Prozent unter den Männern und 35 Prozent unter den Frauen, die der Partei freilich auch weniger oft angehörten; unter den Parteianern wurde diese Erwartung von knapp zwei Dritteln genannt). 41 Prozent hoffen, die in Ausbildung oder Studium erworbene Qualifikation bei einer Tätigkeit im politischen oder politikhnen Bereich zur Geltung bringen zu können (nur 27 Prozent unter den Wirtschaftswissenschaftlern und 34 Prozent unter den Unions-Praktikanten). 35 Prozent freuen sich auf Teamarbeit (44 unter den Wirtschaftswissenschaftlern), 33 auf kreatives und eigenverantwortliches Arbeiten, 31 Prozent rechnen sich gute Karrierechancen aus (41 Prozent unter den Unions- gegenüber 28 Prozent unter den SPD-Praktikanten). 26 Prozent hoffen, im Rahmen einer Tätigkeit im politischen bzw. politikhnen Bereich zusätzliche fachliche Qualifikationen zu erwerben (nur 14 Prozent unter den Juristen, aber 36 Prozent unter den Wirtschaftswissenschaftlern), 23 Prozent beabsichtigen, über die hierbei erworbenen Kontakte in andere Tätigkeitsbereiche wie Wirtschaft und Verbände umzusteigen (36 Prozent unter Wirtschaftswissenschaftlern und 30 Prozent unter den Unions-Praktikanten). Eine ausgewogene Work-Life-Balance bzw. gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf verknüpfte nur jeder siebte mit einer Arbeit in der Politik, unter den Juristen knapp jeder vierte. Während unter den SPD-Praktikanten 18 Prozent diese Hoffnung hegen, sind es unter den Unions-Praktikanten lediglich 10 Prozent; ein noch deutlicherer Unterschied besteht zwischen Frauen (22 Prozent) und Männern (12 Prozent). Nur ein Achtel erwartete ein hohes Einkommen, ein Zehntel eine hohe Arbeitsplatzsicherheit (aber 28 Prozent unter Juristen).

Anschließend wurden die Befragten um die Nennung der bis zu drei attraktivsten Arbeitgeber aus einer Auswahl von acht Bereichen sowie der Möglichkeit »Sonstige«

7. Im Schnitt wählten die Teilnehmer hier vier der dreizehn Antwortoptionen (einschließlich der offenen Option »andere Erwartungen«) aus.



Abb. 7: Erwartungen an das Praktikum



gebeten, um zu analysieren, mit wem die Parteien um Bewerber konkurrieren. Ministerien (67 Prozent) und Parteien/Fraktionen (59 Prozent) wurden dabei mit einigem Abstand am häufigsten ausgewählt. Auf die Plätze 3 und 4 kamen die freie Wirtschaft (41 Prozent) und Nichtregierungsorganisationen (37 Prozent). Ebenfalls recht nahe beieinander lagen Behörden/nachgeordnete öffentliche Verwaltung (26 Prozent), Medien/Kultur (23 Prozent), Verbände (19 Prozent) und Schule/Hochschule/sonstige Bildungsträger (14 Prozent). Ministerien sowie Parteien/Fraktionen wurden dabei oft gemeinsam genannt: Zwei Drittel derjenigen, für die Parteien/Fraktionen einer der Wunscharbeitgeber waren, nannten außerdem auch Ministerien, andersherum waren es 59 Prozent. Auch diejenigen, die Behörden und nachgeordnete öffentliche Verwaltung attraktiv fanden, interessierten sich häufig ebenfalls für Ministerien (78 Prozent) und – allerdings deutlich weniger – für Parteien/Fraktionen (47 Prozent). Umgekehrt waren Behörden und nachgeordnete öffentliche Verwaltung für die Ministerien- bzw. Parteien/Fraktionen-Interessenten weniger interessant (30 bzw. 21 Prozent). Härtere Konkurrenz haben Ministerien besonders aus der freien Wirtschaft (39 Prozent), Parteien und Fraktionen besonders von NGOs (35 Prozent) zu befürchten.

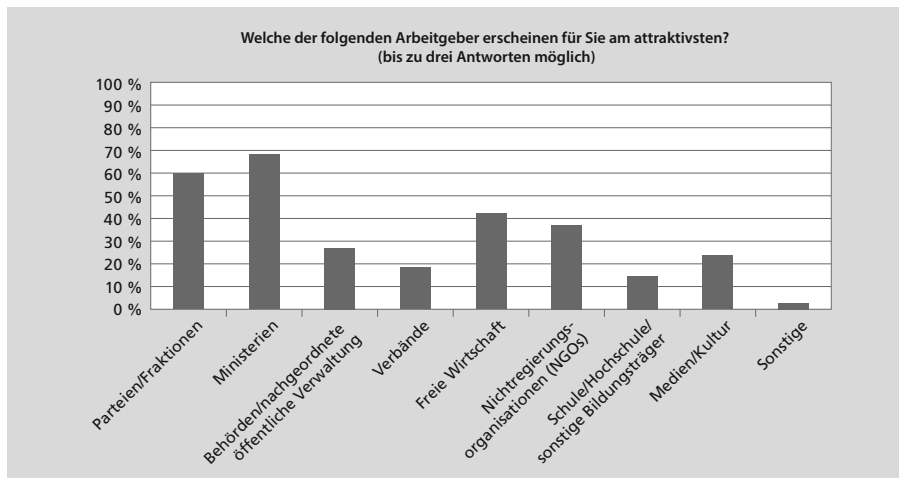
Wirft man einen detaillierteren Blick auf bestimmte Bewerbergruppen, sieht man, dass nur bei Sozial- und Geisteswissenschaftlern die Ministerien (71 Prozent)

und die Parteien/Fraktionen (63 Prozent) auf den Plätzen 1 und 2 liegen, recht klar vor NGOs (40 Prozent), Medien/Kultur (31 Prozent), freier Wirtschaft (30 Prozent), Behörden/nachgeordnete Verwaltung (29 Prozent) und Verbänden (21 Prozent). Bei den Juristen rangieren zwar die Ministerien an erster Stelle (72 Prozent), auf Platz 2 folgt aber die freie Wirtschaft (59 Prozent) vor Parteien/Fraktionen (45 Prozent), Behörden/nachgeordnete Verwaltung (38 Prozent), NGOs (24 Prozent) und Verbänden (17 Prozent). Unter den Wirtschaftswissenschaftlern belegt wiederum die freie Wirtschaft Rang 1 (69 Prozent), die Ministerien folgen erst an zweiter Stelle (62 Prozent). Rang 3 teilen sich NGOs und Parteien/Fraktionen, die für jeden zweiten befragten Wirtschaftswissenschaftler attraktiv sind.

Geschlechtsspezifische Unterschiede betragen meist etwa zehn Prozentpunkte, die Vorliebe der Männer gilt dabei Ministerien und Parteien/Fraktionen, die der Frauen Behörden/nachgeordnete öffentliche Verwaltung, Medien/Kultur und Schule/Hochschule/sonstige Bildungsträger. Markantere Abweichungen zeigen sich für die freie Wirtschaft (Männer 52 Prozent, Frauen 28 Prozent) und – unter umgekehrten Vorzeichen – für die NGOs (Frauen 48 Prozent, Männer 29 Prozent). Kaum ein Unterschied besteht lediglich bei den Verbänden. Unter den SPD-Praktikanten liegen Ministerien (69 Prozent) und Partei/Fraktion (66 Prozent) deutlich vorne, gefolgt von NGOs (39 Prozent), freier Wirtschaft



Abb. 8: Bevorzugte Berufsfelder



(36 Prozent), Behörden/nachgeordnete Verwaltung (26 Prozent), Medien/Kultur (25 Prozent) und Verbänden (18 Prozent). Bei den Praktikanten von CDU und CSU rangieren Parteien/Fraktion mit 42 Prozent lediglich auf Rang 3 hinter Ministerien (65 Prozent) und freier Wirtschaft (56 Prozent), was vermutlich auch ihrer weniger großen Parteinähe geschuldet ist. NGOs liegen bei den Unions-Praktikanten mit 28 Prozent auf Platz 4 vor Behörden/nachgeordnete öffentliche Verwaltung (25 Prozent), Verbänden (21 Prozent) und Medien/Kultur (20 Prozent).

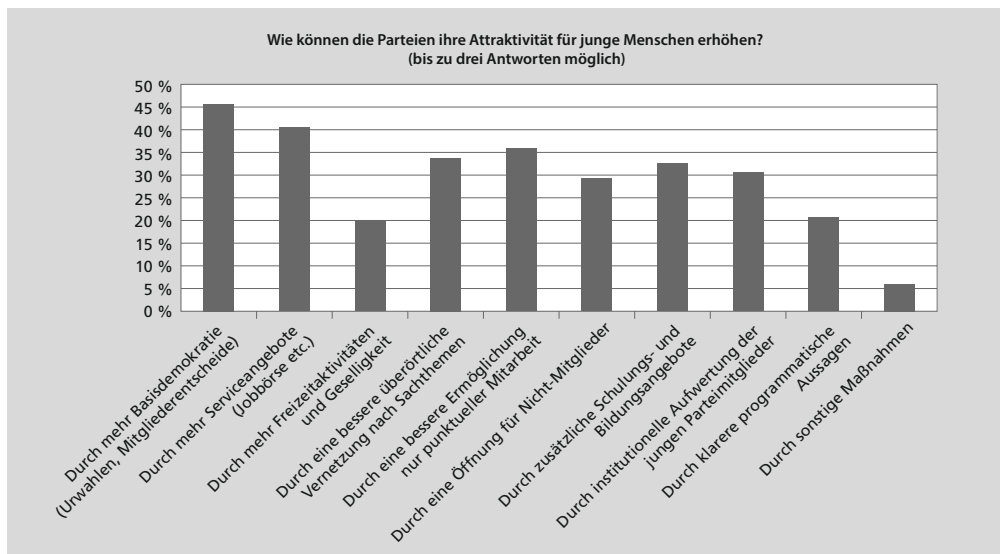
Was die sozialen Netzwerke betrifft, in denen die Praktikanten aktiv sind und über die sie eventuell erreicht werden könnten, liegt mit Facebook das am wenigsten karriereorientierte Netzwerk klar an der Spitze (91 Prozent). Ein Fünftel benutzt Twitter, Frauen (9 Prozent) und Unions-Praktikanten (14 Prozent) finden sich bei dem Kurznachrichtendienst anscheinend aber deutlich weniger. Die Karrierenetzwerke Xing (17 Prozent) und LinkedIn (11 Prozent) sprechen besonders Wirtschaftswissenschaftler an (29 bzw. 17 Prozent), die befragten Juristen waren hier kaum oder gar nicht präsent (7 bzw. 0 Prozent). Nur 9 Prozent – ausschließlich Sozial- und Gesellschaftswissenschaftler – sind in keinem Netzwerk aktiv.

Die Frage, ob die Parteien ihren jungen Mitgliedern ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten einräumen, bejahten 13 Prozent, 47 Prozent stimmten tendenziell zu, 35 Prozent fanden dies eher nicht, 5 Prozent überhaupt

nicht. Die Parteimitglieder antworteten zu über zwei Dritteln mit positiver Tendenz, Nichtmitglieder hingegen nur zur Hälfte. Drei der vier am häufigsten genannten Antworten auf die Frage, wie Parteien ihre Attraktivität für junge Menschen erhöhen können, bestätigen die Tendenz zu einer Flexibilisierung des Partizipationsverhaltens. Die verschiedenen Vorschläge liegen in der Bewertung durch die Teilnehmer jedoch nicht weit auseinander, was in der optimistischen Perspektive ein Argument für entsprechende Organisationsreformen darstellt, in einer pessimistischen Perspektive aber auch Zweifel ausdrücken könnte, dass durch solche Reformen überhaupt eine Attraktivitätssteigerung erreichbar ist. Die relativ große Bedeutung, die Serviceangeboten wie z. B. Jobbörsen eingeräumt wird (ca. 40 Prozent Zustimmung), mag auf den ersten Blick etwas verwundern, widerspricht sie doch den eingangs genannten »eigentlichen« Funktionen von Parteien. Sie dürfte vor allem der spezifischen beruflichen bzw. Ausbildungssituation der Befragten sowie dem speziellen Fokus der Studie auf Personalrekrutierung für den politischen und politiknahen Bereich geschuldet sein. Nicht verwundern kann dagegen, dass von den Parteilosen eine Öffnung der Parteien für Nichtmitglieder mit 43 Prozent deutlich stärker favorisiert wird als von den Mitgliedern (16 Prozent); etwas ausgeglichener ist das Verhältnis bei der Frage nach der Möglichkeit einer punktuellen Mitarbeit (39 gegenüber 34 Prozent). Interessant ist, dass bei jedem dieser Vorschläge unter den Befürwortern ein deutliches oder leichtes Übergewicht der SPD-Praktikanten zu verzeichnen ist; insbesondere die Forderung nach mehr Basisdemokratie wird von



Abb. 9: Vorschläge, wie die Parteien attraktiver werden könnten



der Hälfte aller SPD-Praktikanten geteilt, aber nur von 31 Prozent der Unions-Praktikanten, auch der Verbesserung von Serviceangeboten können die SPD-Praktikanten mehr abgewinnen (44 Prozent Nennungen gegenüber 31 Prozent bei den Unions-Praktikanten). Die einzige Ausnahme bildet ausgerechnet der Hinweis auf eine klarere programmatische Positionierung der Parteien: Während dem nur 23 Prozent der SPD-Praktikanten zustimmten, taten dies immerhin 36 Prozent der Unions-Praktikanten. Möglicherweise kommt hier eine Unzufriedenheit mit der programmatischen Entwicklung der CDU unter Angela Merkel zum Ausdruck; überraschend bleibt es dennoch, gelten doch junge Mitglieder linker Parteien als ideologischer.

6. Wege aus der Nachwuchskrise

Politisches Engagement hat sich individualisiert, mit der Folge, dass kollektive Formen politischer Partizipation an Attraktivität verloren haben (Decker/Lewandowsky/Solar 2013). Vergleichende Untersuchungen belegen einen Rückgang der auf Wahlen ausgerichteten Beteiligung in den seit Ende der 1970er Jahre geborenen Alterskohorten. Deren Angehörige sind politisch und zivilgesellschaftlich nicht weniger engagiert; sie bevorzugen aber direkte und stärker themenbezogene Formen der Partizipation wie Petitionen oder Demonstrationen (Melo/Stockemer 2014). Weil Parteien nur noch eine

Möglichkeit unter vielen darstellen, sich politisch zu betätigen, stehen sie in einem Rekrutierungswettbewerb mit *single-issue*-Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, die solchen Formen der »unkonventionellen« Beteiligung größeren Raum geben (Seyd/Whiteley 2004). Die Parteien reagieren bereits seit den 1980er Jahren auf diese Entwicklung mit Versuchen, die Anreizstrukturen für eine Mitgliedschaft zu verbessern.

Auch die professionellen Wählerparteien kommen ohne freiwillig arbeitende Wahlkampf helfer nicht aus. Diese lassen sich nur aus der Mitgliedschaft rekrutieren. Dass sich die in der Politikwissenschaft lange verbreitete These, die Mitgliederpartei sei ein Auslaufmodell, nicht halten lässt, zeigen die Erfahrungen in den neu aufgebauten Parteiendemokratien Mittelosteuropas, wo sich die Parteien – allerdings mit geringem Erfolg – um den Aufbau von Mitgliederorganisationen bemühen (Linek/Pecháček 2007). Die Werbung neuer Mitglieder bleibt damit eine unabwendbare Aufgabe. Wie die Befragung zeigt, stellt sie zugleich die beste Gewähr dar, dass der Pool, aus dem die Parteien ihre Mitarbeiter in der Parteiorganisation und öffentliche Amtsträger rekrutiert, gefüllt werden kann. Denn für Parteimitglieder ist die Arbeit im politischen oder politiknahen Bereich attraktiver als für Nichtmitglieder, sie gehen ihr Praktikum häufiger mit der Motivation an, Kontakte für eine entsprechende Karriere zu knüpfen und sind über Stellenprofile besser informiert, ihnen gelten insbesondere Parteien/Fraktionen, aber auch Minis-



terien deutlich häufiger als interessante Arbeitgeber als Nichtmitgliedern, die sich stattdessen eher NGOs oder Schule/Hochschule als Berufsfeld vorstellen.

Die breite Streuung der attraktivitätssteigernden Maßnahmen, die die Befragten den Parteien empfehlen, weist darauf hin, dass es den einen Königsweg der Mitgliederrekrutierung nicht gibt. Um die Beteiligungspotenziale der politisch interessierten Bürger zu heben, müssen die Parteien an vielen Stellen gleichzeitig ansetzen.

Fun-Faktor und Freizeitangebote. Parteien sind als »Institutionen zur Bearbeitung komplexer und kontroverser politischer Probleme eher ein erlebnisarmer Raum, zumindest in jenem konsum-, genuss- und abwechslungsorientierten Sinn, der die moderne »Erlebnisgesellschaft definiert« (Oberreuter 2007: 24). Den gewandelten Partizipationsvorlieben entspricht der in Parteien verbreitete »anödenende Versammlungsritualismus« (Wiesendahl 2013: 112) nicht mehr. Die Heranwachsenden, die sich dennoch für ein zeitintensives Parteiengagement entscheiden, gelten unter ihren Altersgenossen nicht selten als »uncoole« Sonderlinge. Die gefühlte gesellschaftliche Stigmatisierung lässt zumindest eine Minderheit an ihrer Mitgliedschaft zweifeln (Bruter/Harrison 2009b: 132 f.). Die Parteien sind hier nicht nur gefordert, ihr gesellschaftliches Image zu verbessern; sie müssen auch eine Kompensation schaffen, indem sie ersatzweise soziale Kontakte und verschiedenste Freizeitaktivitäten anbieten, wollen sie nicht die meisten jungen Leute in ihrem politischen Engagement entmutigen: »In order to be successful at recruiting young activists, parties and young party organisations need to somewhat »blur« the boundary between the private and the public spheres, between ideological struggle and fun, between what drives our »moral minded« and our »social minded« young party members« (Ibid.: 90). Erfolgreich scheinen dabei etwa die *Jeunes Socialistes* zu sein: Etwa die Hälfte von ihnen gibt an, dass andere Mitglieder der Jugendorganisation mindestens die Hälfte ihres Freundeskreises ausmachen (Bargel 2009: 411).

Probleme mit älteren und unter jüngeren Mitgliedern. Die starke Überalterung der Parteien dürfte jüngere Beitrittsinteressierte ebenfalls abschrecken (Wiesendahl 2013: 112). Atmosphärische Störungen sind keine Seltenheit: Während ältere Mitglieder die jungen oft als arrogant bzw. bedrohlich wahrnehmen, ist unter jungen Parteimitgliedern das Gefühl geringer Wertschätzung

verbreitet. In überalterten Parteien mit eingefahrenen Strukturen können Jugendorganisationen den Raum für junge Mitglieder bieten, sich unter Gleichaltrigen politisch auszuprobieren und eigene Akzente zu setzen. Dies muss aber auch in der Gesamtpartei Spuren hinterlassen (Jungblut/Weber 2013). Immerhin stärkte jüngst die britische *Labour Party* im Zuge der Organisationsreform *Refounding Labour to Win* – bemüht um eine höhere Wertschätzung des Parteienwachstums sowie um eine Revitalisierung der Partei – den Einfluss und die Rechte von *Young Labour* innerhalb der Mutterpartei. Problematisch erscheint aber, wenn eine Jugendorganisation qua Selbstdefinition nicht die gesamte politische Spannbreite der Mutterpartei abzudecken anstrebt, sondern durch eine ideologische Vorfestlegung nur einen Teil der jungen Parteimitglieder zu binden vermag (Lewandowsky 2010). Spannungen ergeben sich zudem aus der unterschiedlichen Erwartungshaltung an ein parteipolitisches Engagement: Insbesondere die moralisch und die sozial motivierten jungen Parteimitglieder betätigen sich in der Partei eher intellektuell als »körperlich«, während die professionell motivierten Jungmitglieder auch für anspruchsvolle Wahlkampfaktivitäten zur Verfügung stehen. Letztere betrachten die Partei zugleich als Karrierevehikel in eigener Sache, womit sie die langgedienten älteren Aktivisten herausfordern (Bruter/Harrison 2009a: 1285). Wenn 85 Prozent der jungen Parteimitglieder die Atmosphäre in bestimmten Abteilungen ihrer Partei als extrem unangenehm beurteilen, geben sie dafür oft jungen professionell motivierten Mitgliedern die Schuld, die ihrerseits ein mangelndes Engagement der anderen kritisieren. Nur eine Minderheit, etwa ein Zehntel der jungen Parteimitglieder, empfindet ihre Partei dagegen als intellektuell oder ideologisch rigide und indoktrinierend (Bruter/Harrison 2009b: 148 ff.).

Öffnung. Die Parteien müssen die neuen Mitglieder dort abholen, wo sie zu finden sind. Dazu ist eine Flexibilisierung der Organisationsstrukturen und bessere gesellschaftliche Vernetzung geboten. Notwendig sind Partizipationsangebote von unterschiedlicher Intensität und Dauer jenseits der formalen Mitgliedschaft, die die Schwelle für eine Mitarbeit herabsetzen. Dies müsste einerseits mit einer Stärkung der lokalen Gliederungen einhergehen, die der wichtigste Adressat für mehr Bürgernähe der Politik bleiben (Jucknat/Römmele 2008). Andererseits – und nicht im Widerspruch dazu stehend – sollte man die langwierigen Prozesse programmatischer Mitarbeit in den Parteien entschlacken, indem man das



Territorialprinzip lockert und die Programmentwicklung stärker in die Hand inhaltlicher Arbeitsgruppen legt (deren Stimmgewicht auf den Parteitag erhöht werden könnte).

Viele europäische Volksparteien haben solche Reformen einzuleiten versucht und Instrumente wie Schnuppermitgliedschaften, Supporter-Netzwerke und vergünstigte Mitgliedschaftsbeiträge ausprobiert, um die Attraktivität einer Mitgliedschaft zu steigern.

So verlangt die *Labour Party* ihren unter-19-jährigen Mitgliedern seit 2012 nur noch den symbolischen Jahresbeitrag von einem Pfund ab, Unter-24-Jährige entrichten diesen Betrag monatlich (Bennie/Russel 2012). Die niederländische PvdA warb in den 1990er Jahren mit einer Probemitgliedschaft für 30 Gulden vorwiegend Unter-30-Jährige, von denen etwa 10 bis 15 Prozent langfristig gebunden werden konnten. Einen Klebeeffekt erhofft sich die Partei wohl auch von der neuen Regelung, wonach Ämterkandidaten mindestens sechs Wochen lang Parteimitglied sein müssen (Wagner 2011: 69). In Frankreich scheint sich neben reduzierten Mitgliedsbeiträgen vor allem die seit 2006 bei UMP und PS bestehende Möglichkeit von Online-Parteibeitritten positiv ausgewirkt zu haben. So gewann der damals nur 120.000 Mitglieder starke PS 2007 online 85.000 Mitglieder ohne Anbindung an die territoriale Parteistruktur hinzu, die für einen Beitrag von 20 Euro über das politische Programm und den Präsidentschaftskandidaten mitabstimmen konnten. Das Durchschnittsalter dieser neuen Mitglieder betrug 43 Jahre, während die 1998 Beigetretenen im Schnitt 57 Jahre alt gewesen waren (Barboni 2008). Nur 16 Prozent der Internetmitglieder verlängerten allerdings ihre Parteimitgliedschaft nach Ablauf des Jahres (Kallinich/Nentwig 2011: 210). 2009 nahmen die Internet-Beitritte bei der UMP gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent zu.

Die Flexibilisierung innerparteilichen Engagements scheint gerade den gut gebildeten, oft hochgradig mobilen jungen Menschen entgegenzukommen, die sich gerne themenorientiert, punktuell und temporär in eine Partei einbringen möchten: »Junge, motivierte Nachwuchspolitiker wollen an inhaltlichen Fragen mitarbeiten, die Bundespolitik diskutieren und politische Grundsatzdebatten führen. Ihr politischer Elan, der so wichtig wäre für die trägen Großparteien, zerschellt jedoch am langweiligen Alltag der Orts- und Kreisverbände, die sich im kom-

munalen Klein-Klein verlieren« (Bauer 2007: 43). Vereinzelte Angebote, wie virtuelle Ortsvereine oder Pads, in denen mehrere Mitglieder gleichzeitig online einen Antrag erarbeiten können, gibt es zwar auch in der SPD, ihre Nutzung und ihr Einfluss auf die innerparteiliche Willensbildung und Entscheidungsfindung sind bisher jedoch wenig ausgeprägt.

Öffnung schließt auch die Präsenz der Parteien an den Orten mit ein, an denen sich das Leben der potenziellen Neumitglieder abspielt. Im deutschen Kontext scheint hier unter anderem die Rolle der Universitäten noch ausbaufähig. In den Niederlanden nutzt der CDA die Einführungswochen vor dem neuen Studienjahr im August, um an den Hochschulen für sich zu werben. In der Umfrage wurde von einem Teilnehmer gefragt, warum Parteien sich nicht ähnlich wie Wirtschaftsunternehmen stärker um eine aktive Rekrutierung bemühten, indem sie z. B. auf Karrieremessen auftreten. Zur Aktivierung der Mitglieder gehören schließlich die im Zeitalter des lebenslangen Lernens ohnehin angezeigten Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung (Demuth 2004). Um die zahlreichen Angebote aufeinander abzustimmen, bedürfte es hier einer besseren Vernetzung sowohl innerhalb der Parteien (zwischen deren territorialen und funktionalen Organisationseinheiten) als auch nach außen (mit Stiftungen, Verbänden und sonstigen parteinahen Organisationen).

Basisdemokratie. Erweiterte Beteiligungsrechte setzen auf eine Aktivierung der Mitgliederorganisation. Insofern verfolgen sie einen anderen Ansatz als die professionelle Wählerpartei, die darauf ausgelegt ist, die Partebasis durch direkte Kommunikation mit den Wählern zu umgehen. Für Wiesendahl (2013: 113) »verbindet sich Partizipation in Parteien mit einem individuellen Zurechnungs- und Frustrationsproblem, weil Mitglieder [...] in der Regel nur an Debatten [...] partizipieren, ohne nachvollziehen zu können, wohin ihre Inputs mit welchen Transferverlusten die vertikalen und horizontalen Kommunikationskanäle durchwandern und wo sie enden.« Um dem entgegenzuwirken, müssten die Mitglieder Führung und Spitzenkandidaten selbst wählen und auch über die inhaltliche Richtung und Strategie der Partei mitentscheiden können.

Tatsächlich haben so gut wie alle europäischen Parteien in den letzten Jahrzehnten an Reformkonzepten gebastelt, die auf eine innerparteiliche Demokratisierung, das



heißt auf eine Stärkung der Mitgliederrechte abzielen. Verglichen mit der Entwicklung in anderen Ländern sind die Erfahrungen der deutschen Parteien mit Urwahlen und Mitgliederentscheiden dabei nicht sonderlich ermutigend. Dies dürfte freilich in erster Linie daran liegen, dass man bei ihrer Einführung einen äußerst defensiven Ansatz verfolgt hat. Die Satzungsänderungen wurden nur halbherzig betrieben und bislang kaum mit Leben gefüllt. Ob vom SPD-Mitgliederentscheid zur Großen Koalition, der zahlreiche Neueintritte bewirkte und wegen der hohen Beteiligungsrate (78 Prozent) überwiegend positiv bewertet wurde, ein neuer Schub ausgeht, bleibt abzuwarten.

Auch die drei niederländischen Volksparteien haben seit 2002 die Einflussmöglichkeiten ihrer Parteimitglieder gestärkt. Durch ein individuelles Stimmrecht auf Parteiversammlungen können diese nun direkt an der inhaltlichen Entscheidungsfindung partizipieren und ihre Spitzenkandidaten und Parteivorsitzende selbst wählen.⁸ Zumindest bei der PvdA scheint die innerparteiliche Demokratisierung dazu beigetragen zu haben, dass sie zwischen 2002 und 2006 ihren Mitgliederverlust beinahe zum Stoppen bringen konnte (Lucardie/Voerman 2011: 196). Drei Viertel ihrer Mitglieder sind mit ihren Mitwirkungsmöglichkeiten zufrieden (Wagner 2011: 73). In Frankreich setzte die UMP seit ihrer Gründung auf die Urwahl der Parteiführung, die Ende der 1990er Jahre bereits in der Vorgängerpartei *Rassemblement pour la République* eingeführt worden war. 2005 wurde die Direktwahl der Präsidentschaftskandidaten beschlossen. Bis 2012 gab es allerdings nie ernstzunehmende Gegenkandidaten; die Beteiligung lag zwischen 29 und 69 Prozent (Gräber 2011: 197 f.). Dennoch war die Möglichkeit, Sarkozy zum Präsidentschaftskandidaten mitwählen zu können, für einen Großteil der nach seiner Kür zum Parteichef hinzugekommenen Neumitglieder das entscheidende Motiv ihres Beitritts (Haegel 2009: 12 ff.). 2006 trat schließlich die Demokratisierung bei programmatischen Entscheidungsprozessen hinzu. Auch der PS lässt seit 1995 seine Mitglieder den Vorsitzenden direkt wählen, allerdings gab es seither nur zweimal (1997 und 2008) mehrere Kandidaten. Seit 2010 fungieren die Initiatoren der beiden erfolgreichsten Programmanträge

8. Bei der VVD können die Mitglieder über ihre Spitzenkandidaten seit 2003 online oder telefonisch abstimmen. Im Mai 2006 führte das zu einer Teilnahmequote von 74 Prozent. Die VVD lässt ihre Mitglieder auch über die Liste der weiteren Kandidaten abstimmen und hat damit die interne Demokratisierung am weitesten vorangetrieben (Lucardie/Voerman 2011: 189 f.).

automatisch als Kandidaten für die Urwahl zum Parteivorsitzenden. Als Resultat einer Mitgliederbefragung, an der sich die Hälfte der Mitgliedschaft beteiligte, bestimmte der PS 2011 erstmals seinen Präsidentschaftskandidaten in offenen Vorwahlen mit sechs Kandidaten. Ein sehr erfolgreiches Partizipationsinstrument war außerdem die von Ségolène Royal lancierte Internetseite *Désirs d'avenir*, auf der die Anhänger ihre Erwartungen und Wünsche äußern konnten (Barboni/Treille 2010: 1139). Strittig bleibt auch hier, ob es sich bei Mitgliederwahlen und -entscheiden tatsächlich um ein Instrument der Demokratisierung handelt oder nicht vielmehr um eine Zentralisierung der Entscheidungsmacht in den Händen der Parteiführung, die auf diese Weise die einflussreiche mittlere Funktionärssebene ausschalten möchte. Vergleichbare Kritik war bereits in den 1990er Jahren an den Reformen geübt worden, die Tony Blair in der *Labour Party* durchgesetzt hatte (Michelsen/Walter 2011).

Programmatische Profilierung. So wichtig und folgerichtig die in den letzten Jahrzehnten versuchten Organisationsreformen und Rekrutierungsstrategien der europäischen Parteien sind, ihr Erfolg bleibt begrenzt. Positive Anreizeffekte für eine Parteimitgliedschaft dürften eher von einer deutlicheren inhaltlichen Profilierung, guten Politikergebnissen und verbesserter Glaubwürdigkeit ausgehen, insbesondere dann, wenn es »mentale Vertrauens- und Entfremdungsprobleme sind, die Eintrittswillige vom Parteibeitritt abhalten« (Wiesendahl 2006b: 162). Das geringe Vertrauen in die Parteidemokratie lässt sich an der zunehmenden Volatilität der Wahlergebnisse und am Erstarken des Rechtspopulismus ablesen. Beides ist nicht nur in den Niederlanden Folge einer oft mangelnden Unterscheidbarkeit der Parteien, die sich stark nach Meinungsumfragen richten (Raad voor het Openbaar Bestuur 2009: 45 f.). Auch in Deutschland sieht mancher Beobachter die »Parteitanker orientierungslos in den Stimmungsströmungen der Mediendemokratie [...] treiben« (Grunden 2013: 277). Für die Mitgliederbindung erscheint ein klares Profil der Parteien jedenfalls noch wichtiger als für die Wählerbindung. Ein solches auszubilden, ist freilich leichter gesagt als getan. Denn wenn die Parteien ideologischen Ballast abwerfen, ihre Öffnung zur Mitte betreiben und sich ein modernes Outfit zulegen, tun sie das ja gerade mit dem Ziel, eine weitere Erosion ihrer Wählerbasis zu verhindern. Deshalb helfen Ratschläge wie der von Herfried Münkler (2010: 54) nicht wirklich weiter, die Parteien sollten sich wieder auf die großen Erzählungen besinnen, in denen



man Ziele beschreibt »und von den Wegen dorthin berichtet«. Diese Empfehlung würde gewiss jeder gerne unterschreiben. Sie dreht sich aber im Grunde im Kreis, da sie die strukturellen Ursachen ausblendet, die für das Verschwinden eben jener Narrative und damit für das Verharren der Parteien in der konturenlosen politischen Mitte verantwortlich sind.



Literatur

- Barboni, Thierry** (2008): Les changements d'une organisation. Le parti socialiste entre configuration partisane et cartellisation, http://tel.archives-ouvertes.fr/docs/00/48/59/41/PDF/These_entiere_format_pdf.pdf
- Barboni, Thierry/Eric Treille** (2010): L'engagement 2.0. Les nouveaux liens militants au sein de l'e-parti socialiste, in: *Revue française de science politique* 60 (6), S. 1137–1157.
- Bargel, Lucie** (2009): Jeunes socialistes, Jeunes UMP. Lieux et processus de socialisation politique, Paris.
- Bauer, Matthias** (2007): Sehnsucht nach Nähe. Zum Problem der Repräsentation und Partizipation in der deutschen Mitgliederpartei, in: *Politische Studien* 58 (Nr. 414), S. 40–50.
- Bennie, Lynn/Andrew Russell** (2012): Radical or Compliant? Young Party Members in Britain [Paper prepared for Elections, Public Opinion and Parties (EPOP) Conference, University of Oxford, 7 – 9th September 2012].
- Billordo, Libia** (2003): Party Membership in France. Measures and Data Collection, in: *French Politics* 1 (1), S. 137–151.
- Blais, André/Daniel Rubenson** (2013): The Source of Turnout Decline. New Values or New Contexts?, in: *Comparative Political Studies* 46 (1), S. 95–117.
- Bruter, Michael/Sarah Harrison** (2009a): Tomorrow's Leaders? Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies, in: *Comparative Political Studies* 42 (10), S. 1259–1291.
- (2009b): The Future of our Democracies. Young Party Members in Europe, Basingstoke.
- Bukow, Sebastian** (2009): Die professionalisierte Parteiorganisation. Bedeutung und Selbstverständnis der Party Central Office, in: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hg.): Parteien als fragmentierte Organisationen, Opladen/Farmington Hills, S. 257–278.
- Bukow, Sebastian/Thomas Poguntke** (2013): Innerparteiliche Organisation und Willensbildung, in: Oskar Niedermayer (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 179–209.
- Dalton, Russell J./Martin P. Wattenberg** (Hg.) (2000): Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies, Oxford/New York.
- Decker, Frank** (2011): Parteien und Parteiensysteme in Deutschland, Stuttgart.
- (2013): Parteien und Verfassungsorgane, in: Oskar Niedermayer (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 295–318.
- Decker, Frank/Marcel Lewandowsky/Marcel Solar** (2013): Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Bonn.
- Delwit, Pascal** (2011): Still in Decline? Party Membership in Europe, in: Emilie Van Haute (Hg.): Party Membership in Europe, Brüssel, S. 25–42.
- Demuth, Christian** (2004): Neue Rekrutierungs- und Professionalisierungsstrategien der Parteien: Fort- und Weiterbildung der Mitglieder, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 35 (4), S. 700–716.
- Den Ridder, Josie/Joop van Holsteyn/Ruud Koole** (2011): De representativiteit van partijleden in Nederland, in: Rudy Andeweg/Jacques Thomassen (Hg.): Democratie doorgelicht, Leiden, S. 165–184.
- Detterbeck, Klaus** (2009): Die Relevanz der Mitglieder: Das Dilemma effektiver Partizipation, in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer/Elmar Wiesendahl (Hg.): Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen/Farmington Hills, S. 71–88.
- Dose, Nicolai/Ann-Kathrin Fischer** (2013): Mitgliederschwund und Überalterung der Parteien: Prognose der Mitgliederzahlen bis 2040, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 44 (4), S. 892–900.
- EUYOUPART** (2005): Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union. Final Comparative Report, http://www.sora.at/fileadmin/images/content/Pages/euyoupart_ergebnisse_finalcomparativereport.pdf
- Gabriel, Oscar W.** (2010): Politische Milieus. Individualisierung und der Wandel der Strukturen des Parteienwettbewerbs in Deutschland, in: *Politische Bildung* 43 (1), S. 9–23.
- Gräber, Cathrin** (2011): Die UMP als Mitgliederpartei? Zum Stellenwert von Parteimitgliedern in Frankreich, in: Eckhard Jesse/Gerd Strohmeier/Roland Sturm (Hg.): Europas Politik vor neuen Herausforderungen, Opladen/Farmington Hills, S. 185–200.
- Grundens, Timo** (2013): Dosierte Amerikanisierung. Reformbedarf und Reformoptionen der Volksparteien, in: Ralf Thomas Baus (Hg.): Parteiensystem im Wandel, 2. Aufl., Sankt Augustin/Berlin, S. 263–286.
- Haegel, Florence** (2009): La mobilisation partisane de droite. Les logiques organisationnelles et sociales d'adhésion à l'UMP, in: *Revue française de science politique* 59 (1), S. 7–27.
- Henn, Matt/Mark Weinstein/Sarah Forrest** (2005): Uninterested Youth? Young People's Attitudes towards Party Politics in Britain, in: *Political Studies* 53, S. 556–578.
- Holtmann, Everhard** (2012): Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder, Bonn.
- Jucknat, Kim/Andrea Römmele** (2008): Professionalisierung des Wahlkampfes in Deutschland: Wie sprachen und sprechen Parteien ihre Wählerinnen und Wähler an?, in: Karsten Grabow/Patrick Köllner (Hg.): Parteien und ihre Wähler, Sankt Augustin, S. 167–176.
- Jun, Uwe** (2002): Professionalisiert, medialisiert und etatisiert. Zur Lage der deutschen Großparteien am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33 (4), S. 770–789.
- Jungblut, Jens/Regina Weber** (2013): »Mein Lieblingsverein ist die SPD ...« Motivation und Frustration junger Sozialdemokraten zwischen SPD und Jusos, in: Regierungsforschung.de, Parteien- und Wahlforschung, <http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=245>



- Kallinich, Daniela/Teresa Nentwig** (2011): Vom »ausgetrockneten Baum« zur Partei des neuen Staatspräsidenten? Die Parti socialiste in Frankreich, in: Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hg.): Genossen in der Krise?, Göttingen, S. 206–225.
- Katz, Richard S.** (1986): Party Government: A Rationalist Conception. In: Castles, Francis G./Wildenmann, Rudolf (Hg.): The Future of Party Government. Bd. 1: Visions and Realities of Party Government. Berlin u. a., S. 31–71.
- Katz, Richard S./Peter Mair** (1993): The Evolution of Party Organization in Europe: The Three Faces of Party Organization, in: *The American Review of Politics* 14, S. 593–617.
- (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics* 1 (1), S. 5–28.
- Koole, Ruud** (1996): Cadre, Catch-All or Cartel? A Comment on the Notion of Cartel Party, in: *Party Politics* 2 (4), S. 507–523.
- (2001): Interne partijdemocratie en representatie, in: DNPP Jaarboek 2000, Groningen, S. 41–59.
- Koole, Ruud/Joop van Holsteyn** (2011): Religie of regio? Over de bloedgroepen van het CDA, in: Gerrit Voerman (Hg.): De conjunctuur van de macht, Amsterdam, S. 131–153.
- Kronenberg, Volker/Tilman Mayer** (Hg.) (2009): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft. Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg i. Br.
- Krouwel, André** (2012): Party Transformations in European Democracies, Albany.
- Lefebvre, Rémi/Frédéric Sawicki** (2006): La société des socialistes. Le PS aujourd’hui, Bellecombe-en-Bauges.
- Lewandowsky, Marcel** (2010): Signale an ein fremdes Universum, in: *Berliner Republik* 10 (2), S. 14–16.
- Linek, Lukás/Stepán Pecháček** (2007): Low Membership in Czech Political Parties: Party Strategy or Structural Determinants?, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 23 (2), S. 259–275.
- Lucardie, Paul** (2006): Das Parteiensystem der Niederlande, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, S. 331–350.
- Lucardie, Paul/Gerrit Voerman** (2011): Democratie binnen partijen, in: Rudy Andeweg/Jacques Thomassen (Hg.): Democratie doorgelicht, Leiden, S. 185–200.
- Mair, Peter/Ingrid van Biezen** (2001): Party Membership in Twenty European Democracies, 1980–2000, in: *Party Politics* 7 (1), S. 5–21.
- Mariën, Sofie/Ellen Quintelier** (2011): Trends in Party Membership in Europe. Investigation into the Reasons for Declining Party Membership, in: Emilie Van Haute (Hg.): Party Membership in Europe, Brüssel, S. 43–58.
- Melo, Daniela F./Daniel Stockemer** (2014): Age and Political Participation in Germany, France and the UK: A Comparative Analysis, in: *Comparative European Politics* 12 (1), S. 33–53.
- Michelsen, Danny/Franz Walter** (2011): Beyond New Labour? Zur Selbstfindung der britischen Sozialdemokratie, in: Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hg.): Genossen in der Krise?, Göttingen, S. 129–150.
- Morlok, Martin/Thomas Poguntke/Jens Walthert** (Hg.) (2012): Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative, Baden-Baden.
- Münkler, Herfried** (2010): Regierungsversagen, Staatsversagen und die Krise der Demokratie, in: *Berliner Republik* 11 (5) S. 48–55.
- Muxel, Anne** (2010a): Avoir 20 ans en politique. Les enfants du désenchantement, Paris.
- (2010b): Französische Jugendliche und Politik, in: JUGEND für Europa (Hg.): Partizipation junger Menschen, Bonn, S. 147–157.
- Niedermayer, Oskar** (2013): Parteimitgliedschaften im Jahre 2012, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 44 (2), S. 365–383.
- Nijhuis, Ton** (2010): Regieren und Parteienwettbewerb in einem nivellierten Vielparteiensystem. Was erwartet die deutschen Parteien? Eine Antwort aus den Niederlanden, in: Karl-Rudolf Korte (Hg.): Die Bundestagswahl 2009, Wiesbaden, S. 130–148.
- Oberreuter, Heinrich** (2007): Haben die Volksparteien Zukunft?, in: *Politische Studien* 58 (Nr. 414), S. 19–29.
- Panebianco, Angelo** (1988): Political Parties. Organization and Power, Cambridge.
- Raad voor het Openbaar Bestuur** (2009): Democratie vereist partijdigheid. Politieke partijen en formaties in beweging, Den Haag.
- Rey, Henri** (2011): Les adhérents socialistes. Permanences et changements, in: *La revue socialiste* 42 (2), S. 125–133.
- Rosanvallon, Pierre** (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe, Hamburg.
- Scarrow, Susan E./Burcu Gezgor** (2010): Declining Memberships, Changing Members? European Political Party Members in a New Era, in: *Party Politics* 16 (6), S. 823–843.
- Seyd, Patrick/Paul Whiteley** (2004): British Party Members: An Overview, in: *Party Politics* 10 (4), S. 355–366.
- Sloam, James** (2007): Rebooting Democracy: Youth Participation in Politics in the UK, in: *Parliamentary Affairs* 60 (4), S. 548–567.



Spanning, Reingard (2008a): Young People's Multidimensional Relationship with Politics. Qualitative and Quantitative Findings, in: Reingard Spanning/Günther Ogris/Wolfgang Gaiser (Hg.): Youth and Political Participation in Europe, Opladen/Farmington Hills, S. 29–54.

– (2008b): Understanding (Non-)Participation. Meanings, Forms and Reasons, in: Reingard Spanning/Günther Ogris/Wolfgang Gaiser (Hg.): Youth and Political Participation in Europe, Opladen/Farmington Hills, S. 55–85.

Spier, Tim (2011): Wie aktiv sind die Mitglieder der politischen Parteien?, in: ders. u. a. (Hg.): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden, S. 97–119.

Van Biezen, Ingrid/Peter Mair/Thomas Poguntke (2012): Going, Going, ... Gone? The Decline of Party Membership in Contemporary Europe, in: *European Journal of Political Research* 51 (1), S. 24–56.

Voerman, Gerrit/Erwin Dijk (2008): »Van kiesvereniging tot moderne politieke partij«. De ontwikkeling van de organisatie en cultuur van de VVD, in: Patrick van Schie/Gerrit Voerman, (Hg.): Zestig jaar VVD, Amsterdam, S. 93–135.

Wagner, Andreas (2011): Eine Erneuerungspartei kommt in die Jahre. Die niederländische Partij van de Arbeid, in: Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hg.): Genossen in der Krise?, Göttingen, S. 65–77.

Weldon, Steven (2006): Downsize my Polity? The Impact of Size on Party Membership and Member Activism, in: *Party Politics* 12 (4), S. 467–481.

Wiesendahl, Elmar (2006a): Parteien, Frankfurt a. M.

– (2006b): Mitgliederpartei am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.

– (2011): Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft, Opladen/Farmington Hills.

– (2013): Kein Frischblut mehr. Anmerkungen zur Erforschung der Nachwuchskrise der Parteien, in: Ulrich von Alemann/Martin Morlok/Tim Spier (Hg.): Parteien ohne Mitglieder?, Baden-Baden, S. 79–125.



Anhang: Fragebogen

1. Sind Sie Mitglied der Partei, bei deren Fraktion bzw. Abgeordnetem Sie Ihr Praktikum absolvieren/absolviert haben?
 - Ja
 - Nein

2. Wie nah fühlen Sie sich der Partei, bei deren Fraktion bzw. Abgeordnetem Sie Ihr Praktikum absolvieren/absolviert haben?
 - sehr nah
 - nah
 - nicht besonders nah
 - überhaupt nicht nah

3. Falls Sie noch nicht Mitglied sind: Könnten Sie sich vorstellen, der Partei demnächst beizutreten?
 - Ja, das habe ich fest vor
 - Vielleicht
 - Eher nicht
 - Nein

4. Warum bzw. mit welcher Motivation haben Sie sich für dieses Praktikum entschieden? (mehrere Antworten möglich)
 - Das Praktikum war leicht zu bekommen und zu organisieren
 - Ich hatte keine Idee, was für ein Praktikum ich sonst machen sollte
 - Das Praktikum wird/wurde im Rahmen des Studiums problemlos anerkannt
 - Freunde/Bekannte machen/machten parallel ebenfalls ein solches Praktikum
 - Das Praktikum wurde mir von Freunden/Bekannten empfohlen
 - Das Praktikum findet/fand in einer attraktiven Stadt statt
 - Ich verbinde/verband mit dem Praktikum ein wissenschaftliches Interesse
 - Ich will/wollte herausfinden, ob eine Arbeit im politischen bzw. politiknahen Bereich für mich in Frage kommt
 - Ich will/wollte Kontakte knüpfen für eine Karriere im politischen bzw. politiknahen Bereich

5. Wie attraktiv ist es für Sie, einmal für eine Partei zu arbeiten?
 - sehr attraktiv
 - attraktiv
 - eventuell attraktiv
 - weniger attraktiv
 - überhaupt nicht attraktiv

6. Wie gut sind Sie über Berufsmöglichkeiten und Stellenprofile im politischen oder politiknahen Bereich informiert?
 - sehr gut
 - relativ gut
 - weniger gut
 - überhaupt nicht



7. Welche Erwartungen haben/hätten Sie an eine Tätigkeit im politischen oder politiknahen Bereich? (mehrere Antworten möglich)
- gute Karrierechancen
 - hohe Arbeitsplatzsicherheit
 - hohes Einkommen
 - ausgewogene Work-Life-Balance/gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - politisch gestalten und eigene Ideen/Vorstellungen verwirklichen
 - über Kontakte in andere Tätigkeitsbereiche umsteigen (Wirtschaft, Verbände)
 - die in der Ausbildung/im Studium erworbene Qualifikation zur Geltung bringen
 - mit anderen Personen zusammen im Team arbeiten
 - der Partei und/oder dem Land dienen
 - zusätzliche fachliche Qualifikationen erwerben
 - lernen, wie das politische Geschäft funktioniert
 - kreativ und eigenverantwortlich arbeiten
 - andere Erwartungen
8. Welche der folgenden Arbeitgeber erscheinen für Sie am attraktivsten? (bis zu drei Antworten möglich)
- Parteien/Fraktionen
 - Ministerien
 - Behörden/nachgeordnete öffentliche Verwaltung
 - Verbände
 - freie Wirtschaft
 - Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
 - Schule/Hochschule/sonstige Bildungsträger
 - Medien/Kultur
 - Sonstige
9. Bieten die Parteien genug Entfaltungsmöglichkeiten für junge Mitglieder?
- ja
 - eher ja
 - eher nein
 - nein
10. Wie können die Parteien ihre Attraktivität für junge Menschen erhöhen? (bis zu drei Antworten möglich)
- durch mehr Basisdemokratie (Urwahlen und Mitgliederentscheide)
 - durch mehr Serviceangebote (Jobbörse etc.)
 - durch mehr Freizeitaktivitäten und Geselligkeit
 - durch eine bessere überörtliche Vernetzung nach Sachthemen
 - durch eine bessere Ermöglichung nur punktueller Mitarbeit
 - durch eine Öffnung für Nicht-Mitglieder
 - durch zusätzliche Schulungs- und Bildungsangebote
 - durch institutionelle Aufwertung der jungen Parteimitglieder (Quotenregelungen, Jugendorganisationen)
 - durch klarere programmatische Aussagen
 - durch sonstige Maßnahmen



Angaben zur Person

Geschlecht

- männlich
- weiblich

Studienrichtung/Berufstätigkeit

- kein Student
- Jura
- Wirtschaftswissenschaften
- Sozial- und Geisteswissenschaften
- Technik- und Naturwissenschaften

In welchen sozialen Netzwerken sind Sie aktiv?

- Ich bin in keinem Netzwerk aktiv
- Twitter
- Xing
- LinkedIn
- Sonstige

Bei welcher Fraktion welchem/r Abgeordneten wird/wurde das Praktikum absolviert?

- Unionsfraktion/-abgeordnete(r)
- SPD-Fraktion/-abgeordnete(r)



Über die Autoren

Prof. Dr. Frank Decker ist Lehrstuhlinhaber für Politische Wissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Volker Best ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

David Knorr ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Politikanalyse
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Monitor Soziale Demokratie«,
Redaktion: Anna Maria Kellner, Anna.Kellner@fes.de; Redaktionsassistentin: Nora Neye, Nora.Neye@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-820-2